

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch
die Post bezogen 1,20 M.
Eingetragen in die
Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis:
50 Pf. für die 3 gefalt.
Zeile.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. B. r. p.
Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.
Verantwortlicher Redakteur: Hans Lamerenz, Hannover.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluß 5 22 81.

Reparationen und Reallohne.

Der holländische Finanzfachverständige in der Dawes-Kommission, Dr. Bruins, hat in seinem Sonderbericht über die Reparationszahlungen besonders auffallend betont, daß der Reallohn des deutschen Arbeiters jetzt höher sei als 1913. Die ausländische Presse hat sich daraufhin mit diesem Sonderbericht recht eingehend beschäftigt. Auch die Sachverständigenkommission, die in Paris über die endgültige Regelung der Reparationsfrage verhandelt, hat, wie verlautet, die Frage der deutschen Reallohne gründlich untersucht.

Der Lebenshaltungsindex ist ein Querschnitt durch die Preise einer "Normal"-Konstruktion und nicht durch die realen Tatsachen des Arbeiterlebens. Der Reallohn wird auf die Art errechnet, daß die Bewegung der Lebenshaltungszahl mit der Bewegung des Stundenlohndurchschnitts verglichen wird. Es ist unbestritten, daß für viele Berufe heute in Deutschland die Stundenlohnzahl gegenüber 1913 um mehr Punkte gestiegen ist als der Lebenshaltungsindex. Der Index steht jetzt auf rund 152, der durchschnittliche Stundenlohn auf 163. Die Schlussfolgerung scheint sehr leicht und einfach. Da die eine Zahl höher ist als die andere, ist der Reallohn gestiegen.

Was ist an dieser Schlussfolgerung richtig? Die Stundenlohne sind in Deutschland durchweg Grundlohne, keine Wirklichkeitslohne. Die tatsächlichen Arbeitererwerbseinkommen wegen der zu großen technischen und statistischen Schwierigkeiten noch nicht sicher ermittelt werden. Wenn man aber auch diesen Umstand unberücksichtigt läßt — was bedeuten trotzdem diese Indexzahlen?

Der Lebenshaltungsindex umfaßt nicht die Steigerung der direkten Steuer (Lohnsteuer) seit 1913 und ebenso nicht die Steigerung der Sozialversicherungsbeiträge (Krankenkasse, Unfall- und Invalidenversicherung, Arbeitslosenversicherung), die der Arbeiter aus seinem Lohn zu decken hat. Bei der Entrechnung der direkten Steuer und der Sozialbeiträge in die Indexzahl der Normalfamilie würde ein ganz anderer Durchschnittslohn gefunden werden.

Sodann kommt hinzu, daß viele Arbeiter jetzt weit von ihrer Arbeitsstätte wohnen müssen, weil die Wohnungsnot seit Kriegsende in den Städten und dicht bevölkerten Industriegegenden besonders groß ist. Das verursacht dauernd nicht unbedeutende Ausgaben für Eisenbahnfahrten usw. Und wie groß sind außerdem die Mängel der Wohnungen!

Weiter kommt hinzu, daß es mit Wäsche und Kleidung, mit Hausrat und allem sonst Notwendigen in den Arbeiterhaushalten äußerst traurig aussieht, weil die Kriegs- und Inflationszeit keinerlei Anschaffungen gestattete. Es ist keine Seltenheit, daß Arbeiterkinder nachts auf zwei zusammengeschobenen Stühlen schlafen müssen.

Sodann hat auch der Arbeiter seine Ersparnisse verloren, die für unvorhergesehene Ausgaben benutzt werden sollten. Jetzt muß alles und auch das schon viel zu lange Aufgeschobene vom Lohn bezahlt werden. Und da zeigt sich dann, daß der Lohn von heute in der Regel nicht immer das möglich macht, was der Lohn von 1913 gestattete. Zahlen frügen in diesem Fall ganz bedeutend. Sie zeigen bestenfalls bestimmte Auschnitte aus dem Leben, nicht das ganze Leben. Die Reallohntheorie stammt von denen, die die Löhne zu zahlen haben, nicht von denen, die von den Löhnen leben müssen. Und dann war der Lohn von 1913 doch auch wirklich kein Ideallohn, kein Lohn, der gerecht und billig und im ganzen kulturwürdig war. Ist er denn überhaupt der richtige Maßstab für das Leben des Arbeiters? Ist es nicht eine sehr krankhafte Erscheinung, wenn in Europa weite Kreise es als notwendig und wünschenswert hinstellen, daß die Löhne nicht höher werden als sie 1913 waren? Ist diese Besinnung nicht traurig und gefährlich?

In England sind übrigens die Indexzahlen der ermittelten Reallohne wesentlich höher als in Deutschland. England ist doch vor allem das Land, mit dem Deutschland am ehesten verglichen werden kann. Auf der Grundlage: London Juli 1924 gleich 100 hatte Berlin im Juli 1928 die Indexlohnzahl 77, Amsterdam 88, London 110; Kanada, Vereinigte Staaten von Nordamerika, Australien hatten noch viel höhere Indexlohnzahlen. Die Arbeitnehmer der anderen Länder haben aber nicht entfernt soviel leiden und entbehren müssen als die deutschen Arbeitnehmer. Die vollständige Wirtschaftszerrüttung Deutschlands und das Sinken der Markwährung auf den Nullpunkt hat von dem deutschen Volke viele Jahre hindurch Opfer gefordert, die ohne Beispiel in der Geschichte sind. Es muß jetzt einen Aufstiege geben, wenn Deutschland, wenn die Welt gefunden soll. Statt dessen geht es augenblicklich wieder abwärts. Die Arbeitslosigkeit hat ungeheure Formen angenommen. Wie weit muß allein der Lohnansfall durch Arbeitslosigkeit, jetzt die Durchschnittslohnzahl herunterdrücken!

Und dann wird eins bei diesem Zahlenermitteln und Zahlenvergleichen nicht berücksichtigt: die Arbeitsrationalisierung. Rationalisierte Arbeit erfordert größeren Kraftaufwand als die Arbeit nach alten Arbeitsregeln. Wo

also rationalisiert wird, da muß auch die Lebenshaltung der Arbeiter verbessert werden. Sonst stimmt die Rechnung nicht. Ganz abgesehen davon, daß alle Rationalisierung Marktbelebung voraussetzt. Nach Professor Rosenberg (Breslau) braucht ein 150 Pfund schwerer Arbeiter zum Ertrag der in einem typologischen Betriebe verbrauchten Kräfte 330 Gramm Fett, wo die alte Arbeitsweise nur 50 Gramm erforderte. Rationalisierung ist also ohne bedeutende Lohnsteigerung gar nicht möglich. Der Teil des Mehrlohns, der erhöhten Kraftverbrauch durch moderne Arbeitsmethoden ausgleichen muß, muß bei den Indexvergleichen außer Betracht bleiben. Wenn das aber geschieht, dann zeigt sich deutlich, daß der Lohn von heute manchemal niedriger ist als der Lohn von 1913. Außerdem drücken noch andere Momente auf die Lohnhöhe. Vergleiche zwischen den verschiedenen europäischen Ländern sind fast unmöglich.

Arbeitest

du gern umsonst? Sicher nicht! Im Gegenteil, du bist mit Recht der Ansicht, daß jede Leistung eine Gegenleistung erfordert, und darum verlangst du für deine gesteigerte Arbeitsleistung auch einen gesteigerten Lohn. Es gibt aber einen Menschen in deinem Betriebe, für den

du

ganz umsonst arbeitest. Das ist der unorganisierte Arbeiter, der neben dir steht. Er mag persönlich ein ganz netter Kerl sein. Aber er genießt die Früchte deiner gewerkschaftlichen Arbeit. Deine Verbandsbeiträge helfen ihm zu seinem höheren Lohn. Niemand gibt

gern

Geld für andere Leute aus, ohne etwas dafür einzufordern. Warum tust du es denn bei deinem unorganisierten Mitarbeiter? Zeige ihm sein unkollegiales, unsoziales Verhalten einmal von dieser Seite, versuche, ihn durch verständige, gebuldige Aufklärung zu deiner Organisation zu bringen. Glaubst du, diese Arbeit sei

umsonst?

Wir sprechen fortwährend von geschäftlichen Rücklagen, die einen Betrieb auf dem technischen Stande erhalten sollen, der eine sich gleichbleibende Leistung garantiert; der Betriebsgewinn muß also die Unterhaltung der Anlagen und Maschinen und ihre Erneuerung sichern. Ist es mit den arbeitenden Menschen etwas anderes? Der rationalisierte Großbetrieb verbraucht nicht nur schnell Maschinen, sondern auch Menschen. Welcher Arbeiter oder Angestellte hat aber soviel Einkommen, daß er Rücklagen für Krankheit, Sickness und Alter machen kann? Es wäre das denkbar größte Unglück, wenn technisch rückständige Länder sich häufig auf die Lohnhöhe der technisch fortgeschrittenen berufen wollten, um auf Grund von internationalen Verträgen die naturgewollte Entwicklung der Wirtschaft und Kultur zu hemmen. Vergleichen kann man nicht ohne weiteres alles, sondern nur etwas, was sich dem Wesen und dem Stande der materiellen und ideellen Entwicklung nach ähnlich ist.

Daß es mit dem deutschen Reallohn nicht zum besten steht, geht deutlich aus der Kaufkraftschwäche hervor, unter der der deutsche Inlandsmarkt so schwer leidet. Dreiviertel der Berufstätigen sind in Deutschland Lohn- und Gehaltsempfänger. Sie vor allem müssen kaufkräftig sein, wenn die Wirtschaft einigermaßen rationell ausgenutzt werden soll. Wir stellen leider nur für wenig Waren des Verbrauchs statistische Ermittlungen an. Nach dem der Massengüterverbrauch von 1926 bis 1927 durchweg höher geworden ist, ist er in letzter Zeit wieder gesunken. Der deutsche Arbeitnehmer mußte in unserer Zeit, in der es in fast allen Haushaltungen an allen Ecken und Enden am

Unentbehrlichsten fehlt, wesentlich mehr verbrauchen als vor dem Kriege. Er kann es aber nicht. Und darum muß er trotz der günstigen Lohnindexzahl viel entbehren.

Der deutsche Arbeiter kann auch nur ganz ungenügend sparen. Die Sparkasseneinlagen haben noch nicht ein Drittel der Vorkriegeshöhe erreicht. Die kinderreichen Familien können überhaupt nichts sparen, obwohl sie sich am dringendsten für Notfälle des Lebens sichern müßten. Die Kapitalbildung ist bei den Lohn- und Gehaltsempfängern vollständig unbefriedigend, bei den Unternehmern dagegen ist sie stellenweise zu groß, was leicht zu wirtschaftstechnischer Verschwendung und Falschorganisation verleitet.

Es ist überaus betrübend, wenn man beobachtet, wie das Kapital, das Besitzrecht an der nationalen Vermögenssubstanz, auf immer weniger Staatsbürger zusammengedrängt wird. Der Nugeffekt der Arbeit des einzelnen Arbeitnehmers steigt in den modernisierten Betrieben bedeutend, aber seine Nuzungs- und Besitzrechte an der Wirtschaft verschlechtern sich. So kann es unmöglich weitergehen; denn es kann keinen Wirtschaftsfortschritt ohne Kulturfortschritt geben. Im Ruhrbergbau war Ende 1928 die Gesamtarbeitsleistung 27 Prozent höher als 1913. In der Kraftfahrzeugindustrie ist sogar eine Steigerung von 280 Prozent, in der Kaliproduktion eine solche von 72 Prozent, in der Zementindustrie von 44 Prozent, im Eisenerzbergbau von 28 Prozent festzustellen. Und trotzdem sehen wir auf der ganzen Linie eine beängstigende Verarmung der Massen und eine krankhafte Kaufkraftschwäche. Vor dem Kriege gehörten den Sparern, also den Massen, rund vier Fünftel des liquiden Volksvermögens. Jetzt dagegen haben wir überall die sogenannte Selbstfinanzierung der großkapitalistischen Unternehmungen, die die Monopolpreisbildung ermöglicht. Die Wirtschaft beruft sich fortgesetzt auf das alte Freiheitsideal des Wirtschaftsliberalismus, aber ihre Taten haben ein ganz anderes Gesicht als ihre Worte. Die Arbeitnehmer aller Grade müssen sehr auf dem Posten sein, wenn Wissenschaft und Technik, die treibenden Kräfte des Fortschritts, auch ihnen Segen bringen sollen, wenn das Sozialprodukt gerechter als es jetzt geschieht, verteilt werden soll. U. S.

Zur Frage der Abschreibungen.

Die Unternehmer müssen in die Preise ihrer Waren die Rücklagen für den Ersatz der verbrauchten Anlagen einkalkulieren, damit ihr Produktionsapparat erhalten bleibe. Dieser Teil der Erlöse muß dann zurückgestellt werden, erscheint in der Bilanz der Unternehmungen als eine Abschreibungsreserve. Nun hat die Frage der Abschreibungen in den letzten Jahren eine sehr gesteigerte Bedeutung gewonnen. Die Angemessenheit der Preise läßt sich nur dann beurteilen, wenn man sich über die Höhe der notwendigen Abschreibungen im klaren ist. Wird zu wenig abgeschrieben, so kann dies zu Preisen führen, die unwirtschaftlich sind, während bei zu hohen Abschreibungen höhere Preise gefordert werden, als es die wirklichen Produktionskosten und die angemessene Verzinsung des Kapitals erfordern würden. Bei zu niedrigen Abschreibungen vermögen die Aktionäre eine größere, bei zu hohen eine geringere Dividende zu erhalten, als es der Rentabilität der Unternehmungen entspricht. Auch die Lohnfrage ist mit dem Abschreibungsproblem eng verknüpft: wie hoch die Löhne steigen dürfen, hängt zum Teil von der Richtigkeit der Abschreibungsätze ab; wenn auch die Zusammenhänge sehr verwickelt sind; man kann z. B. trotz allzu hoher Abschreibungen hohe Löhne zahlen, wenn man sie in die Preise einzukalkulieren oder aber die erhöhten Lohnkosten durch Rationalisierung wieder einzubringen vermag. Die Frage der Kapitalbildung ist ebenfalls von den Abschreibungen stark abhängig; wird mehr als nötig abgeschrieben, so erscheint der Überschuss als Kapitalbildung bei den Unternehmungen. Diese zur Zeit vorherrschende Gepflogenheit hat volkswirtschaftlich günstige wie nachteilige Folgen; sie ermöglicht den Unternehmern die Erweiterung der Produktion aus eigenen Mitteln — Selbstfinanzierung! —, verleitet aber häufig zu Fehlinvestitionen, die bei einer Kapitalbildung an anderen Stellen (Ersparnisse der Arbeiter, Angestellten, Beamten usw.) zu vermeiden wären. Im gegenwärtigen Zeitalter der gebundenen Wirtschaft, wo die Preise von Kartellen bestimmt werden, wo der Staat auf einigen Gebieten (Kohle, Kali) auf die Preise, durch das Schlichtungswesen auf die Löhne, durch Steuergesetze, Sozialversicherung usw. auf die Richtung der Kapitalbildung, einen nachhaltigen Einfluß ausübt, muß die Abschreibungsfrage eine ganz andere Bedeutung haben, als in einer freien, weder von Kartellen noch vom Staat vielfach gebundenen Wirtschaft. Hinzu kommt das Problem der Rationalisierung, das in einem früher nicht bekannten Tempo fortschreitet und für die Abschreibungen wichtige Fragen stellt. Es ist kein Zufall, daß sowohl das Schmalenbach-Gutachten für den Ruhrkohlenbergbau wie das Urteil des Reichsbergerichtes gerade die Abschreibungsfrage in den Mittelpunkt ihrer Erwägungen stellen.

Wie aber kann man den — kalkulatorisch wie Bilanzmäßig — richtigen Abschreibungsfuß finden? Hier beginnen die schwierigsten, zum Teil unlöslichen Fragen, um welche sich die volkswirtschaftlichen Wissenschaften beschäftigen. Nur andeutungsweise sollen hier einige Fragen erwähnt werden. In der Bilanz erscheint auf der Aktivseite der Anlagewert (Buchwert). Der Buchwert war bei der Umstellung auf Goldbilanzen gewöhnlich falsch eingeschätzt, zumeist zu niedrig. Werden Anlagen nicht ausgenutzt, so ist wieder der Anlage-Buchwert zu hoch. Ein zu niedriger Buchwert kann aber — zumindest theoretisch — allzu geringe, ein zu hoher Buchwert allzu hohe Abschreibungen zur Folge haben. Nun kann aber an Stelle des ursprünglichen Buchwertes jährlich vom „Zeitwert“, d. h. dem Wert der Anlagen am Bilanzstichtag abgeschrieben werden. Auch kann der wirkliche Wertwert, berechnet durch die Kapitalisierung der Erträge des Unternehmens als Grundlage für die Abschreibungen dienen. So sehen wir, daß bereits der Ausgangspunkt für die Abschreibung, der Anlagewert, höchst umstritten ist.

Die größten Schwierigkeiten verursacht bei der Beurteilung der Abschreibungshöhe die Berücksichtigung der Rationalisierung. Je nachdem, wie man die Lebensdauer der Anlagen einschätzt, wird der Abschreibungsfuß höher oder niedriger sein müssen. Bei einer zehnjährigen Dauer muß z. B. jährlich 10 Prozent, bei einer fünfjährigen aber 20 Prozent der Anlagewerte abgeschrieben werden. Die Dauer der Anlagen hängt aber nicht allein von deren rein technischer Brauchbarkeit, sondern auch von dem ab, was Marx als „moralischen Verschleiß“ der Anlagen bezeichnete: infolge der Fortschritte der Rationalisierung können technisch leistungsfähige Anlagen von noch leistungsfähigeren überholt werden. Technisch auf der Höhe stehende Maschinen können dann unter Umständen zum alten Eisen werden. Zweifelslos muß man einer solchen Möglichkeit in bestimmten Grenzen Rechnung tragen. Soll dies aber nun bedeuten, daß mit dieser Begründung in die Preise übermäßig hohe Abschreibungssätze einkalkuliert werden oder daß die Lohnentwicklung gedrosselt werde? Mit vollem Recht betont Dr. Alfred Braumthal in einem aufschlußreichen Aufsatz in der Zeitschrift „Die Arbeit“ über die Abschreibungsfrage, daß es nicht angeht, jede Möglichkeit zukünftiger Rationalisierungsforschritte in den Abschreibungen vorwegzunehmen, weil man damit der schrankenlosesten Willkür Tür und Tor öffnen und ins Uferlose geraten würde. — Eine andere Schwierigkeit ist es, daß der Ertrag der verbrauchten Anlagen, infolge des technischen Fortschritts auf eine Weise erfolgt, daß die neuen Anlagen moderner und leistungsfähiger, dafür aber auch kostspieliger sind. Sollten nun diese kostspieligen Anlagen ganz oder zum großen Teil aus Abschreibungen gedeckt werden, obwohl sie einen viel größeren Ertrag abwerfen als die früheren Anlagen, oder aber soll der Wert- und Ertragszuwachs aus den neuen Anlagen durch Kapitalbeschaffung auf dem Kreditwege berücksichtigt werden? Eine weitere Frage: Sollen die Abschreibungen so hoch sein, daß sie auch eine Reserve für den Fall in sich schließen, daß die Rentabilität des Unternehmens aus irgendwelchem Grunde nicht auf der alten Höhe bleiben wird? Bei allen diesen Fragen muß ein Weg gefunden werden, der eine volkswirtschaftlich unerwünschte Übertreibung der Abschreibungen zu verhindern vermag.

Wenn man sich also auf den Standpunkt stellt, daß übermäßige Abschreibungen volkswirtschaftlich unerwünscht seien, weil sie den Massenverbrauch unnötig drosseln und zu Fehlinvestitionen verleiten, so entsteht weiter die Frage, wie sie verhindert werden können. Die Höhe der Selbstfinanzierung hängt im wesentlichen von den Preisen ab, zu welchen die Unternehmer ihre Waren loschlagen und von den Löhnen, die sie verausgaben. Deshalb gibt es unseres Erachtens keine andere Möglichkeit, als daß man bei den Unternehmungen die Voraussetzungen für übermäßige Abschreibungen bekämpft, d. h. die Gewinne nicht so hoch anschwellen läßt, daß daraus übermäßige Abschreibungen vorgenommen werden können. Die Übertreibungen der Selbstfinanzierung können nur verhindert werden einmal durch eine Preiskontrolle der monopolistischen Unternehmungen, zum anderen aber durch die Befolgung einer Lohnpolitik seitens der staatlichen Schlichtungsorgane, die sich von ungerechtfertigten Abschreibungsansprüchen nicht einschüchtern läßt.

Vor allen Dingen wäre es aber notwendig, daß die Öffentlichkeit von der Höhe der echten Abschreibungen, die für den Ertrag der verbrauchten Anlagen wie der Reserven, die für die Anschaffung und Rationalisierung der Anlagen dienen, ein richtiges Bild erhielte. Aus den Bilanzen der Unternehmungen kann man von diesen Dingen nur äußerst wenig erfahren. Denn die Beiträge für Ertrag, Erweiterung und

Rationalisierung der Anlagen werden zwar in die Preise einkalkuliert, ohne daß sie jedoch in den Bilanzen sichtbar würden. Ein Teil dieser in die Preise einkalkulierten Summen wird auf der Passivseite der Bilanz als Abschreibung ausgewiesen, der andere und in der Regel weit beträchtlichere Teil wird in verschiedenen Bilanzposten versteckt. Am häufigsten ist die Verbuchung der Kosten für die neuen Anlagen auf „Aufwandskonten“, was in Wirklichkeit bedeutet, daß ein Teil der alten Anlagen in dem betreffenden Jahr zu 100 Prozent abgeschrieben wird. Durch dieses Verfahren werden, wie Braumthal mit Recht betont, die tatsächlichen Geschäftsvorgänge im Unternehmen verschleiert. Deshalb ist die erste Forderung hier, sich Klarheit über die Höhe jener Reserven zu verschaffen. Wichtig ist daher die Forderung Braumthals, daß die Kostendifferenz, die durch die Einstellung leistungsfähigerer Anlagen entstand, von einem besonderen Kapitalkonto getragen werden muß, damit eine klare Scheidung zwischen Kosten und Gewinnen ermöglicht werde.

Zum Schluß dieser — notwendigerweise flüchtigen — Betrachtungen über die Abschreibungsfrage möchten wir nicht veräumen, eines wichtigen Abschreibungspostens Erwähnung



Sozialismus, Privateigentum, allgemeiner Wohlstand.

Man kann den Sozialismus in der Tat nicht besser definieren, als daß er diejenige Phase der sozialen Organisation repräsentiere, in der von Staats wegen ein zweckmäßiges Ernährungssystem für die Gesellschaft errichtet wird. Die demokratische Regierung aber kündigt diesen Umschwung an.

Macdonald („Rechte des Staates“).



Überall, wo das Eigentumsrecht herrscht, wo man alles mit Gold misst, wird von Billigkeit und gesellschaftlichem Wohlbefinden nie die Rede sein können.

Morn.



zu tun: wir meinen den Verschleiß an menschlicher Arbeitskraft, die gerade so erneuert und ersetzt werden muß wie der Verschleiß an totem Material. Diesem Bedürfnis tragen die verschiedenen Zweige der Sozialversicherung Rechnung. Die Ausgaben der Unternehmungen für Sozialversicherung sind nichts anderes als Abschreibungen für verbrauchte Arbeitskraft. Während aber die Unternehmer für das tote Material unter den verschiedensten Verkleidungen gewaltige Abschreibungen machen und darauf drängen, diese Abschreibungen noch zu erhöhen, können sie sich nicht genug tun mit ihren Klagen wegen der Höhe der „Soziallasten“, d. h. der allzu hohen Abschreibungsätze für die Arbeitskraft. Da sie hoffen, aus dem auf dem Arbeitsmarkt stets erscheinenden großen Menschenmaterial die nötigen unverbrauchten Arbeitskräfte immer neu und kostenfrei zu erhalten, erscheinen ihnen die Abschreibungsopfer auf den Verschleiß der Arbeitskraft zu hoch. Und doch sind, vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus gesehen, gerade jene Abschreibungen auf die Arbeitskraft von ungleich größerer Wichtigkeit, als die Abschreibungen auf das tote Material, — von allgemein menschlichen und sozialen Rücksichten gar nicht zu reden.

Die Unternehmer fordern die Besteuerung der öffentlichen Betriebe.

Die angespannte Finanzlage des Reiches gibt den Unternehmerverbänden den Anlaß, die Besteuerung der ihnen so verhassten öffentlichen Betriebe zu fordern; damit die Finanzlage des Reiches aus den Steuererträgen der öffentlichen Betriebe saniert werde, und — wie die Begründung lautet — die öffentlichen Betriebe im Konkurrenzkampf nicht besser gestellt werden als die privaten Unternehmungen.

Was man den letzteren Punkt, die Gleichstellung der öffentlichen Betriebe in der Besteuerung mit den privaten Unternehmungen anbelangt, so werden die Anhänger der öffentlichen Wirtschaft diese grundsätzlich bekämpfen müssen. Wie steht es aber um die Konkurrenz der öffentlichen mit den privaten Betrieben? Gewöhnlich verkennt man die nähere Untersuchung dieser Frage. Entweder handelt es sich bei den öffentlichen Betrieben um

Monopolunternehmungen, die den Verbrauch ausschließlich versorgen, wie die meisten Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke der Gemeinden. Dann kann von einer Konkurrenz mit den privaten Unternehmungen überhaupt nicht die Rede sein. In diesem Fall wird man wohl im Falle der Besteuerung die Versorgungspreise für Wasser und Licht usw. erhöhen; eine Folge, die sowohl aus wirtschaftlichen wie aus sozialen Gründen sehr unerwünscht ist. Oder aber es stehen die öffentlichen Betriebe im Konkurrenzkampf mit den privaten Unternehmungen. Dann werden wohl die öffentlichen Betriebe stets in der Lage sein, sich in diesem Konkurrenzkampf zu behaupten; die Folge der Besteuerung wird nur sein, daß dann die öffentlichen Betriebe geringere Überschüsse für die Befriedigung des öffentlichen Bedarfs abführen, oder aber in besonderen Fällen, wenn die private Industrie vorübergehend die Preise im Konkurrenzkampf unterbieten würde, keine Überschüsse aufweisen werden, sondern ein auf Steuerwegen zu deckendes Defizit. Demnach kann es den Unternehmern nicht auf die Verbesserung ihrer Zustände im Konkurrenzkampf mit der öffentlichen Hand ankommen. Die Besteuerung der öffentlichen Betriebe soll offenbar anderen Zwecken dienen. Einmal glaubt man, die öffentlichen Betriebe durch zeitweilige Unterbefugnisse in eine Defizitwirtschaft treiben zu können und sie damit in ein ungünstiges Licht zu stellen, des weiteren aber auf diese Weise die Erweiterung der bestehenden öffentlichen Betriebe und deren Ausdehnung verhindern zu können. Der wichtigste Hintergedanke ist aber zweifellos die Erwartung, daß die Besteuerung der öffentlichen Betriebe zur Verminderung der sozialen Aufwendungen der Länder und der Gemeinden führen kann. Wenn nämlich die öffentlichen Betriebe große Steuern für das Reich abführen, so entfällt bei den Ländern und den Gemeinden ein Ausfall, der allein durch Steuererhöhungen gedeckt werden könnte. Dies aber hoffen sie mit politischen Mitteln verhindern zu können. Dann aber könnten die Gemeinden ihre sozialen Aufgaben nicht in dem Umfang erfüllen, wie dies heute der Fall ist. Die Unternehmer begründen die Forderung der Ertragsziehung der öffentlichen Betriebe zu erhöhten Steuerleistungen auch mit der Notwendigkeit, sie durch Besteuerung zu einer weiteren Rationalisierung zu zwingen. Wie immer man darüber denken mag, ob eine noch weiter getriebene Rationalisierung der öffentlichen Betriebe möglich oder erwünscht sei und ob sie durch erhöhte Steuerleistungen erzwingen werden soll, muß es merkwürdig an, daß gerade die Kreise, die die öffentlichen Betriebe zu einer weiteren Rationalisierung zwingen wollen, diese Rationalisierung bisher stets hintertrieben, indem sie der öffentlichen Hand die Anleihe für Rationalisierungszwecke, die bekanntlich hohe Kapitalkosten erfordern, verweigerten. So wird der Streit um die Besteuerung der öffentlichen Betriebe unter falscher Flagge geführt, volkswirtschaftliche Schlagwerke werden in den Vordergrund gestellt, damit die wirklichen Absichten verhüllt bleiben.

Versehene Industrien

Kunstblumen und Schmuckfedern in der kommenden Frühjahrs- und Sommerfaison.

Im vorhergehenden Artikel haben wir uns mit den Verhältnissen und Aussichten der deutschen Kunstblumen- und Schmuckfedern-Industrie beschäftigt, soweit diese mit der Mode für Damenhut- und Damenkleiderputz in Verbindung zu bringen ist oder von ihr abhängt. Nunmehr wollen wir uns mit der Mode im Auslande, soweit diese mit der deutschen Kunstblumen-Industrie in Verbindung tritt, befassen, unter Berücksichtigung der eigenen Federn- und Kunstblumen-Industrie dieser Länder.

Was für Deutschland in bezug auf die Entwicklung des Damenhut- und Damenkleiderputzes gesagt worden ist, trifft auch für das Ausland zu. Auch dort ist im Vergleich zu der Vorkriegszeit der Damenhut- und -kleiderputz zurückgegangen, und zwar der erstere mehr als der letztere. Umfangreiche Propaganda war auch im Auslande notwendig, um im kommenden Frühjahr und Sommer den Hut- und Kleiderputz mehr in Erscheinung treten zu lassen. In einigen Bezirken des Auslandes hat die Ausschmückung des Hutes mit Federn in dem vergangenen Winterhalbjahr schon umfangreiche Fortschritte angenommen. Das trifft vor allen Dingen auf einige Gebiete Nordamerikas zu, dann auf Paris und Wien.

Die amerikanische Propaganda hat in den letzten Monaten viel dazu beigetragen, wenn Blumenhüte für das Frühjahr und den Sommer Mode werden. Was im letzten Winter die Federkappe war, soll im kommenden Sommer die Blumenfäule werden, ein Gebilde, das ganz aus Blüten oder Blättern zusammengesetzt ist. Dabei sind es nicht mehr wie früher nur kleine und kleinste Blütenformen, die hierzu Verwendung finden, sondern es werden mit besonderer Vorliebe auch mittelgroße Blumenformen verwendet. Diese Blumen sind hergestellt aus Lederatlas, Filz mit Laß und Seide. Für die Kunstblumen-Industrie bedeutet diese Entwicklung ein Umschlagen der Mode zugunsten der Blumen-Industrie.

Die Strohüte führen sich wie in Deutschland so auch im Auslande wieder gut in der Damenmode ein. Die bekanntesten Stoffe, die außerdem zu Hüten verarbeitet werden, dürften aus diesem Grunde für das Sommerhalbjahr zurücktreten. Das bedeutet, daß die Federn- und Blumen-Industrie, soweit

Mei Vatter.

Und kommt dann endlich auch Pfingsten heran. Nach Handwerksgebrauch muß ich wandern. — So war früher die Landstrafensitten. Wenigstens im Anfang dieser Zeit, ehe der Industrialismus unserer Tage aller Romantik des Handwerksbetriebs ein Ende machte. Höchstens im zehnjährigen Jüngerer in seiner materialistischen Fremdenhasserei haben wir noch Überreste davon. In dieser Zeit war es auch, als der Feilhaber Wilhelm, der seiner letzten Heimat den Rücken gewandt hatte, über manche Landstraße des lieben deutschen Vaterlandes und darüber hinaus gewandert war. — Nun war er des Wanderns bald müde. Allmählich war er auch zur Heimkehr gekommen. Und so im Wanderer dachte er daran, sich mal anzusehen, wo er sich sesshaft machen konnte. Nach Sachsen wollte er noch nicht wieder. Da war ja wenig Aussicht auf Erfolg in seinem Heimatort, wo alles auf Heimkehr eingestellt war. Er hätte auch was anderes werden können als Feilhaber, philosphie der Wilhelm. Eigentlich hätte er ja gern Lehrer geworden. Sein Schullehrer hatte immer davon gesprochen, eines für ihn tun zu wollen. — Aber die Mutter war Witwe, und da waren dann die Verhältnisse fürchter als er. — So weilte er der Wilhelm in seinen Gedanken herum, als er sich einem Ort im Badischen näherte. Die Kirchentürme konnte man schon sehen. — War eigentlich eine verdammt verdamnte Ecke hier. — Wenn man „anklopft“ und seinen christlichen Spruch herabsagt, waren die Bauern oft arg „angeklappt“.

Kirchentürme war er bei der Kirche angelangt. Daneben lag fremdlich und behäbig das Pfarrhaus. Da geht mal rein, dachte der Wilhelm und zog auch schon an der Schwelle. Die Tür ist sich aufschließen auf. Und der arme Handwerksbetriebe, der einen ziemlich langen Gewerkerock anhatte, war unter die Schwelle gekommen. Er wollte er seinen christlichen Spruch

hürchen spruch lassen, als von oben aus dem Fenster der Kopf der Pfarrersköchin, wie ein Vollmond glänzend, sichtbar wurde. Und mit einem kurzen, unwilligen: „Hier wird nichts gereicht“, die Tür, aus der sich der Handwerksbetriebe nur knapp retten konnte, zuschlug. — Enttäuscht stand der Wilhelm ob so viel christlicher Nächstenliebe und wollte sich zum Geben wenden. — Aber es ging nicht! — Es ging wirklich nicht! — Die Pfarrersköchin hatte ihm seinen Rockschloß festgeklemmt. — Wohl oder übel mußte er noch mal jodeln. — Als sich die Freigebeige wieder am Fenster zeigte, sagte der Wilhelm: „Nicht scheen, mollens mich net mein Rockschloß mitnehme lasse?“ Und wurde dann aus der unfreiwilligen Hofe entlassen.

Als der Wilhelm dann weitergewandert ist, da ist er in einem Ort gekommen, der schien ganz angeordnet zu sein. Die Ursache hat er dann bald erfahren. In einem Haus hat eine schwarze Laßel geborgen, darauf hat gestanden: „Schwarze Blätter“. Aber durch die angelehnte Tür hat der Handwerksbetriebe erfahren, daß es fröhen genag aussehen tat da trinken. Die Kinder haben am Boden gehockt, schweigend und verneint. Ein armes Weib hat im Zieher auf einem elenden Lager gelegen und hat nach Wasser verlangt. — Aber kein Mensch hat sich über diese Not erbarmt. Da hat der Wilhelm gedacht: „Tue recht und scheen niemand.“ Und ist in die Pfisthölle eingetreten, hat dem armen Weib Wasser gereicht, die Kinder gewaschen und ist dann weitergewandert. — Es war kein Frömmel, der biederer Seelge, aber ein Mensch, der die Nächstenliebe wirklich genossen hat als die dicke Pfarrersköchin.

Wie eine Gespensstergeschichte ausgehen kann?

Dem alten Schneidemeister schmeckte der Mojt allewell anst! — Aber in Gedanken an den Herrten fröh er sich noch

extra den Bart. — Aber heute gab's nit mehr, da wurde in die Hände gespuckt und gearbeitet. — Der Sarg für die alte A. mußte noch fertig. Und nun handierte er eifrig mit Werkzeug und Hobel. — So ein kleiner Dorfschreiner hatte nichts zu lachen. Der mußte schon sehen, wo er die Arbeit fand. Es war schon sehr spät, es ging wohl auf Mitternacht zu. Da hört der Alte ein Kratzen und Schleifen draußen im Gang. — Zuerst wollte ihm gruselig werden, aber dann riß er beherzt die Türe zum Gang auf. In dem Dunkel sieht er eine endmächtige weiße Gestalt auf sich zukommen. — „Wer da“, donnert der Alte, „wenn d' was willst, so kumm“.

Mit festem Griff faßt er die lange Gestalt an und will mit der anderen Hand, in der er das Rehlmesser hielt, das er gerade bei der Arbeit gebraucht hatte, — zurennen —, da schreit der Geist, schlotternd an allen Gliedern: „Halt, Vatter, wir ham ja nur Gespöcht!“ — Als der Vatter den Barschen lästlich gebeulst hatte, ist er wieder brummend über das junge Volk, das nichts wie dumme Witz im Kopf hätte, an seine Arbeit gegangen. Und die Geschichte war so gekommen:

Barschen und Möbel waren in der Spinnfab' beieinander. — Als allerlei Allokria getrieben und die Stimmung schon recht „lechtig“ war, da ist man auf allerlei Geschichten gekommen, zuletzt auf Gespensstergeschichten. Und dann hat das Raale ganz ahnungslos erzählt, daß der Vatter noch an einem Sarg arbeiten tat für die alte A. —

Das haben die Barschen mit großem Hallo aufgenommen. Und wollten da ein „G'spaß“ draus machen. Die Beherztesten sind dann losgegangen und haben auf einer Stange ein weißes Laken befestigt. Und da die meiste „Kursch“ hatte, wurde der Geist. Aber wie es hätte ausfallen können, wenn der Vatter zugezogen hätte mit dem Rehlmesser —, das hat man sich erst nachher überlegt und hat nie mehr Luft gehabt, Gespensstergeschichten von der Spinnfab' aus zu machen. Berta Heidt.

Die Pariser Damenpüchtmode wird u. a. in Heft Nr. 9 der Fachzeitschrift 'Künstliche Blumen für Mode und Dekoration' wie folgt auszugswese berichtet: Kleinere, mittlere und größere Blüten, Dreispitze aus feinen Erden oder Florentiner sind die bemerkenswertesten Formen und Materialien, die dann je nach ihrer Verwendung sehr schlicht garniert oder auch reich mit Federn oder Blumen ausgeschmückt werden. Eine hochelegante Toque, die knapp den Kopf umfaßt und das Haar rundherum etwas sichtbar läßt, besteht aus Samtkaub in leuchtendem Rot; an der rechten Seite kommen einige schmale Dahlienblätter büschelartig unter dem Kante hervor. Die Schleiernmode, die heute für eine asymmetrische Anordnung eingenommen ist, bietet der Blume am Hut manche Gelegenheiten zur Verkleidung einer Faltenanordnung. Der Dreieckschal hat sich häufig nach der Garnierung des Huttes zu richten; eine seiner Ecken ist vielfach ebenfalls mit einer Filzblume besetzt. Beliebte sind gegensätzliche Effekte, zum Beispiel gelackte Blätter und stumpfgebante Weissen oder Rosen. Fruchtfräulein bringt man in Naturfarbe wie auch in Phantastiebung, und man verzert damit sowohl Kleider als auch Hüte. Sehr viele Köpfe sind zur Hälfte mit Blüten geschmückt. Dagegen nimmt der Blütenbesatz auf den Krempen nur einen geringen Teil ein.

In Nr. 6 sagt dieselbe Zeitschrift über die Damenpüchtmode fernerfolgendes:

Die Neuschöpfungen in Damenhüten für das kommende Frühjahr und den Sommer sind noch keineswegs fest. Die Stütze entspricht den Anforderungen des Tages, und zwar vom Standpunkt der Hersteller als auch von dem der Verbraucher. Bei den kleinen Hüten kann nicht genau die Herkunft unterschieden werden. Man weiß nicht, sind sie zu den Krappen oder zu den Blüten zu zählen. Rückwärts und seitlich sind diese Hüte mit dreifachen Krempen versehen. Man könnte diese Art als Blöcke ansprechen. Nun legen diese Modelle aber auch sehr eng an, daß sie wie Krappen wirken. Es werden daher flache Blumenmodelle und große Blüten zum Auspuß verwendet.

Die anliegenden Krappen haben zur Folge, daß die Federn am Auspuß wieder erscheinen. Im Auspuß ist man nicht engherzig, wenigstens nicht so engherzig wie früher. Straußfedern werden mit beschiedeneren Federn einheimischer Vögel zusammengesteckt. Bei der Zusammenstellung wird sehr viel Wert auf den Zusammenklang der Farben gelegt. Reiherbüschel und gleichmäßig übereinandergelegte Einzelstangen bilden den Schmuck der seitlich ausladenden Krempen. Kronenreihen sollen besonders modern werden. Neben der vorhergesprochenen Erneuerung kommt noch eine Reihe anderer ähnlicher Neuerungen zum Ausdruck. So werden zum Beispiel Vogelköpfe usw. wiederum am Hüte besetzt. Ein blauer Erde, mit blauem Filz bearbeitet, ist mit einem kleinen, roten Vogelkopf verzert. Auf einem schwarzen Pannehut ist seitlich ein grellgrüner Vogel appliziert. An einem schwarzen Übergangshut liegt ein kreisförmiges Federmotiv, in dessen Mitte ein Eulenkopf eingelassen ist. Diese Mode gibt zur umfangreichsten Phantastiearbeit Gelegenheit. Insgesamt kann gesagt werden, daß die Federn als Hut schmuck in allen früher bekannt gewordenen Arten, erweitert durch neue Farben, Verwendung finden.

Auch der Kleidschmuck für die Pariser Damenmode hat Fortschritte gemacht. In der genannten Zeitschrift Nr. 6 wird der Umschwung wie folgt festgehalten:

Die Pariser Kleidmodelle, die die neue Abendmode vertreten, sind oft von sabelhaftem Luxus. Ein goldfarbener Spitzenkleid liegt auf einem weichenblauen Samtunterkleid, zwei Büschel aus gebogenen Straußplatten sind teils unter, teils über dem Gürtel befestigt; die Fasern der Platten sind goldfarben mit violetten Spitzen. Ein anderes Kleid ist durch eine schwarze Samtblüte auf der Schulter geschmückt; die Blume hat gradlinige Rippen, und diese laufen in der Stickerei der Taille gleichsam weiter. In den eleganten, Kleinigkeiten gehören Handtaschen mit eingefügten Lederrosen, deren Blätter zum Teil lose anliegen. Aufgeschickte Straußmotive oder aus Straußhalmen eingestickte Muster erhalten einen neuen Charakter dadurch, daß sie metallisiert werden.

In Nr. 9 derselben Zeitschrift wird zur Damenpüchtmode über Kleidmodelle folgendes gesagt:

Die elegante Frau von heute findet passenden Blumenschmuck für jede Gelegenheit und man möchte sagen für jede Stunde des Tages. Und ihrem Abwechslungsbedürfnis wird Rechnung getragen; es gibt künstliche Blumen am Morgenhäubchen und am Morgenschuh, für das Straßkostüm, den Vormittagspelz, die Nachmittagsrobe wie auch für die Abendtoilette. Und mancher Hut gewinnt an Reiz durch einen oder zwei umfangreiche Tuffe aus Parmaveilchen, von denen einer bla, der andere weiß ist; beide werden durch eine kirschröte Kamelle getrennt. Feinen Geschmack erfordert die Zusammenstellung eines Straußes aus ganz verschiedenen Blüten, etwa aus Weissen und Nelken; hierbei muß die Phantastie einiges verändern, die Größe der Nelken beschneiden, den Umriß der Weissen vergrößern. Ebenso weichen die Tuffe, die aus Rosen, Nelken, Orchideen bestehen, stark von der Wirklichkeit ab. Die Nelken sind nicht so voll wie in der Natur, die Rosen ohne festen knospenartigen Kern, die Orchideen klein.

Die Damenpüchtmode in Amerika, England und Österreich, den drei neben Frankreich und Deutschland ausschlaggebenden Ländern für Damenpüchtmode, ist ähnlich wie bei Deutschland und Frankreich angeordnet. Die amerikanische Mode scheint nach den Berichten für reichlichen Blumen- und Federschmuck auf Damenhüten und -kleidern ein ganz besonderes Interesse zu haben, das weit über den Durchschnitt der letzten Jahre zu stehen scheint. Die englischen Berichte sind zwar zurückhaltend, doch lassen sie erkennen, daß auch dort die neue Mode vordringt. Die Berichte aus Wien für Österreich sind den deutschen und französischen gleich zu achten.

(Wir wollen hoffen, daß die gesteigerte Nachfrage nach künstlichen Blumen und Federn nun auch den Heimarbeitern und -arbeiterinnen einen gesteigerten Verdienst bringt, so daß nicht wie früher die Angehörigen der „gnstuierten Kreise“ auf Kosten der niedrigen Heimarbeitelöhne schmücken.)

Frauenfragen.

Die verheiratete Frau im Erwerbsleben.

III.

Die Erkrankungshäufigkeit bei verheirateten und unverheirateten Frauen.

Die besonderen Erhebungen, die im Jahre 1927 von den Gewerbeaufsichtsbeamten über Erkrankungshäufigkeiten angestellt wurden, haben kein klares Bild ergeben. Berichten, nach denen Erkrankungen bei verheirateten Frauen häufiger in Erscheinung treten als bei unverheirateten Frauen, stehen Beobachtungen gegenüber, in denen öfter das umgekehrte Verhältnis oder gar keine Unterschiede festgestellt wurden.

Für den Bezirk Magdeburg haben die Untersuchungen ergeben, daß bei 8 Orts- und 13 Betriebskrankenkassen auf die Verheirateten eine größere Zahl der Krankheitsfälle, ebenfalls eine längere Krankheitsdauer entfällt, trotzdem die aus Enbindungen herrührenden Fälle nicht mitgerechnet wurden. Auch in Baden haben die Untersuchungen, die in 657 Betrieben angestellt wurden, ergeben, daß der Kranken-

Bekenntnisse einer schönen Seele.

Es ist etwas Heiliges um den Lohn — er steht für Häuslichkeit, Familie und inneren Wohlstand. Man sollte daher sehr behutsam zu Werke gehen, wenn man an der Lohnfrage rüttelt. In den Lohnbüchern besteht der Lohn aus einer Reihe von Zahlen. Draußen in der Welt steht er für gefällte Brot- und Kohlenkästen, für Kinderwiegen und Kindererziehung — für häusliche Behaglichkeit und Zufriedenheit.

(Ford: „Mein Leben und Werk.“)

stand bei den Verheirateten zahlenmäßig höher liegt als bei den Unverheirateten. In dem Bericht heißt es dann weiter:

„Es ist jedoch hierbei zu berücksichtigen, daß auch die Schwangeren mit ihren längeren Arbeitsunterbrechungen als Krankheitsfälle angeführt sind, die aber nicht als Erkrankungen im Sinne der übrigen Krankheitsfälle gewertet werden können. Rechnet man die Geburten ab, die allerdings auch bei den ledigen Arbeiterinnen in Anschlag gebracht sind, aber hier nicht die Rolle spielen wie bei den Verheirateten, so dürfte im allgemeinen der Krankenstand der verheirateten Arbeiterinnen kein größerer sein als der der ledigen. Von einer Belastung der Industrie und der Krankenkassen durch die verheiratete Frau dürfte somit nicht die Rede sein.“

Es wird dann u. a. darauf hingewiesen, daß die Verheirateten aus Sorge, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, es sehr oft vermeiden, einen Arzt in Anspruch zu nehmen resp. häufiger wegen Erkrankung von der Arbeit fernzubleiben. Teilweise benutzen die Frauen die Zeiten schlechter Konjunktur, bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit dazu, sich einigermaßen auszukurieren. Der Bezirk Erfurt berichtet, daß sich bei einer Krankenkasse die Krankmeldungen bei Beginn der Tabakarbeiteraussperrung besonders häuften. Alle diese Erscheinungen deuten natürlich auf einen Zwang zur Erwerbsarbeit der verheirateten Frau hin. Immer rastlos für den Lebensunterhalt der Familie sorgend, eilt die Frau in den meisten Fällen zur Fabrik ohne Rücksicht auf ihre Gesundheit. Nur wenn sie ungewollt die Arbeit aufgeben muß, findet sie einmal die Zeit, einen Arzt aufzusuchen.

Die Erhebungen haben jedoch einwandfreie Ergebnisse, nach denen bei Verheirateten die Krankheitsziffern größer sind, nicht zeitigen können. Die Doppelbelastung durch Beruf, Haushalt und Kindererziehung macht sich nach außen hin nicht wesentlich bemerkbar. Elise Lüders weist bei Behandlung dieser Frage darauf hin, daß bei der Erforschung der Krankenziffern und ihrer Ursachen stets die Haltung des Eheannes zu wenig beachtet wird. Sie schreibt wörtlich:

„Ein rücksichtsvoller, praktischer Ehemann, der seine Frau bei ihren hauswirtschaftlichen Aufgaben unterstützt, kann ihr die Belastung durch den Doppelberuf wesentlich erleichtern, während ein rücksichtsloser, ja auch nur gedankender Mann dieselbe Last unerträglich schwer machen kann. Wo eine größere Anfälligkeit der Verheirateten beobachtet worden ist, dürfte sie in vielen Fällen mehr auf die häuslichen und Familienverhältnisse als auf die Erwerbsarbeit zurückzuführen sein.“

Auf der Tagung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene in Dresden und auf dem letzten Krankenkassentag in Breslau wurde wichtiges Zahlenmaterial über die Krankheitsdauer bei Männern und Frauen gegeben. Demnach betrug die durchschnittliche Krankheitsdauer bei männlichen Versicherten im Jahre 1913 gleich 19,1 Tage, 1925 jedoch 22,5 Tage, und bei weiblichen Versicherten in der gleichen Zeit 20,1 und 28 Tage. Eine Sonderstatistik über verheiratete und unverheiratete Frauen ist auf diesen Tagungen nicht herangezogen worden. Es ist aber aus bisher vorliegendem statistischen Material ersichtlich, daß der Gesundheitszustand bei weiblichen Arbeitnehmern allgemein ungünstiger ist als bei männlichen. In Dresden wurde bei Behandlung des Themas „Frauenarbeit und Volksgesundheit“ der Ausspruch: „Die Frau gehört ins Haus“ als eine allgemeine Redensart abgekan, dagegen aber erklärt, daß Mittel und Wege gesucht werden müßten, die die schädigenden Wirkungen der Erwerbsarbeit auf den Körper der Frau vermindern. Als: Mehr Betriebshygiene, verbesserter Arbeiterinnenschutz und Ausbau des Schwangerschutzes im Betrieb sind das Gebot der Zeit. Die Bestimmungen zum Schutze der Frauen und Mädchen sind so unvollständig, daß sich die mechanische Arbeitsweise sowie die schwere Arbeit, die in erheblichem Maße von Frauen verlangt wird und vielfach in ungesunden und unhygienischen Arbeitsräumen verrichtet werden muß, oft sehr schädlich auswirken. Hier liegt unsere Aufgabe. Nicht wirklichkeitsfremd oder nur gefühlsmäßig sollen wir dazu stehen. Wir müssen überall prüfen und für Besserung sorgen. Das ist eine viel wichtigere Angelegenheit als der Streit darüber, wohin denn eigentlich die Frau gehört. Wer hat übrigens ein Recht zu fordern, daß die Frau nur an den Kochtopf gehört? Viele Frauen würden sicher gern

die Fabrikarbeit gegen ihre Arbeit im Haushalt eintauschen, aber die Schwächung des Einkommens würde dazu beitragen, daß noch größere wirtschaftliche Not und Entbehrung in den betreffenden Familien Einkehr halten würde. — Bei Betrachtung dieser Frage muß also das Für und Wider sachlich erwogen, immer aber auch kampfgewerkschaftlich gesehen werden.

Es sei hier auch vermerkt, daß die diesjährige Konferenz des Internationalen Frauenkomitees im Internationalen Gewerkschaftsbund das Problem der Arbeit verheirateter Frauen auf der Tagesordnung hat. Inwiefern es gelingen wird, eine Klärung herbeizuführen, kann nicht mit Bestimmtheit angegeben werden. Es steht aber zu erwarten, daß die verheiratete Frau ihr Recht auf Arbeit nachdrücklich betont. Jedenfalls wird man bestehende schlechte wirtschaftliche Verhältnisse, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit usw. nicht beseitigen können durch ein Verbot der Arbeit verheirateter Frauen, sondern nur durch das Bestreben der Arbeiterschaft, mehr Einfluß auf die Wirtschaftsgestaltung zu gewinnen. Sorgen wir für besseren Zusammenschluß der Frauen in unserem Verband, dann gestalten sich Arbeitsrecht und Arbeitszeit wie auch Gesundheitschutz und bessere Bezahlung der Arbeiterin ganz von selbst besser. Es liegt im Sinne eines fortschrittlichen Strebens der Frau nach Selbstständigkeit, daß sie selbst um gerechte Wertung ihrer Arbeitskraft kämpft.

Anna Jammert

Berichte aus den Zahlstellen.

Bayern. Betriebsratswahl in der Papierfabrik. Die diesjährigen Wahlen sollten der Werksgemeinschaft der Firma Hopp & Schmidt unter allen Umständen den Sieg bringen. Die Weihnachtfeier, bei der an Stelle der Weihnachtlieder die alten Militärmärsche gespielt wurden, sollte schon der Auftakt sein. Noch in letzter Stunde wurde ein Flugblatt verteilt, in dem versucht wurde, die Arbeiter gegen die freien Gewerkschaften aufzuheizen. Die Lässigkeit der freien Gewerkschaften wurde als den Interessen der Arbeiterschaft zuwiderlaufend und ihre Angestellten als Emporkömmlinge bezeichnet, die die Arbeiter nur als Stelbühelhalter benutzen. Um noch mehr Stimmung zu machen, verbreitete der Vorsitzende der Werksgemeinschaft das Gerücht, daß ein Mitglied unseres Verbandes gesagt hätte, daß „alles mit dem Direktor“ in die Luft fliegen müßte. Natürlich wurde unter Kollege darauf entlassen, ohne daß die Gründe geprüft wurden. Die Klage ist beim Arbeitsgericht eingereicht worden. Möglich ist, daß schon in einiger Zeit einige Größen der Werksgemeinschaft fliegen werden. Wir können in Ruhe und mit Zuversicht den Ausgang der Klage abwarten. Doch nun kam der Tag der Wahl; alle Anhänger der Werksgemeinschaft waren zur Stelle, die Meister halfen noch ein bißchen nach, und als die Stimmen gezählt wurden, da gab es noch lange Gesichter. „Diesmal bekommen wir die Mehrheit“, klang es noch kurz vor der Wahl, und dabei bekamen die Gelben ganze zwei Mandate, und diese hatten sie im Jahre 1928 auch schon gehabt. Die Liste der Gewerkschaften bekam einen Sitz mehr. Der Betriebsrat setzt sich also aus 8 Gewerkschaftlern und aus 2 Werksgemeinschaftlern zusammen. Seit dem Jahre 1925 haben die Gelben rund 80 Stimmen zugenommen. Für unsere Mitglieder heißt es jetzt zu arbeiten, damit die Werksgemeinschaft nicht größer, sondern kleiner wird. Das beste wäre ja, wenn sie überhaupt verschwindet, aber „das will die Betriebsleitung nicht“, und was sollte mit der großen schwarzweißroten Fahne werden, die erst vor kurzem angeschafft worden ist?

Internationale Arbeiterbewegung.

Gewerkschaften und Sozialpolitik in Kanada.

Kanada, das auch heute noch im wesentlichen Bauernland ist, besitzt Industrie nur im Osten des Landes. Die Gewerkschaftsbewegung, die sich hier entwickelte, nachdem 1872 das Koalitionsrecht eingeführt wurde, ist, an europäischen Verhältnissen gemessen, zahlenmäßig sehr gering, erfaßt kaum 2,9 Prozent der Bevölkerung. Diese geringe Zahlengröße der kanadischen Gewerkschaften wird vor allem durch das Bestreben, nur eine dünne Schicht der besterstellten Arbeiter zu organisieren und durch hohe Eintrittsgelder, besondere Ausnahmeformalitäten und hohe Mitgliederbeiträge die übrige Arbeiterschaft zurückzuhalten, erklärt. Von den 274 000 Mitgliedern, die die Gewerkschaften insgesamt zählen, sind etwa 200 000 in dem der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Trades and Labor Congress organisiert, während der Rest auf nationale und katholische Gewerkschaftsverbände entfällt. Die soziale Gesetzgebung in Kanada ist noch unentwickelt, was allerdings in erster Linie auf die durchschnittlich hohen Löhne zurückzuführen ist, denn Kanada gehört bekanntlich nach der Statistik des Internationalen Arbeitsamtes in Genf zu den Ländern mit höchsten Löhnen nach den Vereinigten Staaten. Die kanadische Sozialpolitik beschränkt sich im wesentlichen auf Unfallgesetzgebung, Kriegsinvalidenfürsorge, gewisse Minimallohngesetze und ein schiedsgerichtliches Verfahren in Arbeitsstreitigkeiten und in einzelnen Provinzen auf Altersversorgung. Mindestlohngesetze gibt es in erster Linie für die Frauenarbeit, teilweise auch für Jugendliche, während die männlichen erwachsenen Arbeiter nur in Ausnahmefällen davon betroffen werden. Erst mit zunehmender Industrialisierung dürfte Kanada gewerkschaftlich und sozialpolitisch die Höhe des englischen Mutterlandes erreichen.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Das Beitragswesen in der Oesterreicher Knappschaff.

Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß die Beiträge zur Knappschaffsversicherung von den Arbeitern der unter das Berggesetz fallenden Betriebe als unerträglich empfunden werden. Oft genug hat unsere Verbandszeitung diesen Klagen Ausdruck verliehen und auf die unsoziale Wirkung dieses Versicherungszweiges, ganz besonders für die Tagelöhner, hingewiesen. Den Gedanken der sozialen Versicherung in allen Ehren; wenn aber das Ziel dieses Gedankens nur dadurch erreicht wird, daß man den betroffenen Arbeitern jahrzehntelang einen unerschwinglich hohen Beitragsfuß von seinem kärglichen Lohn in Abzug bringt, dann darf man sagen, daß der gesunde Sinn einer Versicherung verlorenzugehen droht, zumal bei gleichen Pflichten nicht auch gleiche Rechte für alle gewährleistet sind. Der Zweck dieser Abhandlung ist weniger die Besprechung der allgemeinen Beitragsfrage in der Knappschaffsversicherung

rung, sondern es soll vielmehr die Beitragsfrage in der Gießener Knappschaff einer Betrachtung unterzogen werden. Die Gießener Knappschaff befindet sich in einer besonders schwierigen Lage. Die Bedeutung des Bergbaus im Lohn- und Willgebiet ist im Schwinden begriffen. Eine Ausdehnungsmöglichkeit ist nicht mehr vorhanden; es ist im Gegenfall ein allgemeiner Rückgang dieser Industrie zu beobachten. Nun werden die alten Bergleute in großer Zahl leistungsberechtigt, während sich der Kreis der Beitragszahler nicht nur nicht vermehrt, sondern immer kleiner wird. So hat sich in der Gießener Knappschaff das Verhältnis zwischen Rentenempfängern und Beitragszahlern äußerst ungünstig gestaltet. Während im allgemeinen in der Knappschaffversicherung in schon ganz ungesunder Weise auf drei Beitragszahler ein Rentenempfänger entfällt, ist das Verhältnis in der Gießener Knappschaff so, daß schon auf zwei Versicherte ein Versorgungsberechtigter kommt. Die Folge davon ist eine scharfe Anspannung der Beitragsmöglichkeiten, wobei eine Rücksicht auf den Lebensunterhalt des Arbeiters scheinbar nicht genommen wird. Die Gießener Knappschaff hat eine Driftelung der geschlichen Monatsbeiträge eingeführt, das heißt, daß diese in drei Dekaden erhoben werden. Es haben sich dabei Formen herausgebildet, die der gesunde Menschenverstand nicht begreifen kann. Wenn beispielsweise ein Arbeiter zu Beginn oder im Verlaufe der Dekade arbeitslos oder krank wird, so hat er den Beitrag für die Dekade, also ein Drittel des Monatsbeitrags, voll zu zahlen. Die folgende kleine Aufstellung aus einer Braunkohlenschwelerei in Oberhessen soll einen Einblick in diese sonderbare Beitragsregelung gestatten.

In der Aufstellung ist der Verdienst der einzelnen Arbeiter in je einer angefangenen Dekade, die abgezogenen Knappschaffbeiträge sowie der ausgezahlte Restlohn angeführt. Die Lohnabrechnungszettel liegen uns im Original vor.

	Verdienst in der angefangenen Dekade	Knappschaffbeitrag	Restlohn
Arbeiter A	22,70 Mk.	13,90 Mk.	8,80 Mk.
Arbeiter B	23,84 Mk.	7,77 Mk.	16,07 Mk.
Arbeiter C	12,08 Mk.	12,00 Mk.	0,08 Mk.
Arbeiter D	16,55 Mk.	11,02 Mk.	5,53 Mk.
Arbeiter E	10,25 Mk.	10,02 Mk.	0,23 Mk.
Arbeiter F	23,34 Mk.	10,48 Mk.	12,86 Mk.
Arbeiter G	13,16 Mk.	9,77 Mk.	3,39 Mk.
Arbeiter H	25,17 Mk.	10,00 Mk.	15,17 Mk.

Diese Aufstellung erstreckt sich auf die kurze Zeit vom 10. Februar bis 2. März 1929. Diese Fälle könnten beliebig vermehrt werden. Aber schon aus dieser kurzen Aufstellung geht hervor, daß hier die Beitragslasten hoch zu stark angezogen sind. Auch die Knappschaffsarbeiter haben bei Krankheit sowie bei Arbeitslosigkeit eine Karenzzeit bis zum Unterhaltungsbezug durchzumachen. Eine Karenzzeit deshalb, weil man annimmt, daß der Arbeiter immer noch einen Restlohn erhält und darum die sofortige Unterfertigung nicht nötig hat. Aber wie soll ein kranker Arbeiter der Gießener Knappschaff die Karenzzeit durchhalten können, wenn der verdiente Restlohn mitunter so vollkommen in die Kasse der Knappschaff wandert. Dafür ein drastisches Beispiel: Ein Arbeiter beginnt am 10. d. M. seine Tätigkeit im Betriebe. Der 10. war ein Sonntag, und sein Verdienst belief sich mit der Sonntagsvergütung auf 7 Mk. Aber der 10. ist der letzte Tag der Dekade, und es entfällt die Beitragspflicht für die Dekade in Höhe von 10 Mk. Für diese Sonntagsarbeit hätte also der Arbeiter eine besondere Vergütung erhalten, sondern er hätte noch 3 Mk. bringen müssen, um seiner Knappschaffspflicht zu genügen. Er hat sich so geholt, daß er den Meister bat, ihm den Tagesverdienst nicht in Anrechnung zu bringen. Das sind Dinge, die die Arbeiter nicht begreifen kann. Die Empörung über diese Verhältnisse ist allgemein. Sie ist doppelt groß, weil es sich in dem bezeichneten Betriebe hauptsächlich um Chemiewerker handelt, die niemals die Bedingung einer wesentlich bergmännischen Arbeit erfüllen können. Vielleicht fragen diese Zeilen dazu bei, die Mißstände zu beseitigen, damit man nicht in Verfassung kommt, das Beitragswesen der Gießener Knappschaff ein Beitragsunwesen zu nennen.

Sollte man uns aber mit der besonderen Not der Gießener Knappschaff kommen und diese Dinge damit entschuldigen wollen, so müssen wir sagen: Schluß mit der Knappschaffversicherung für bergmännische Nebenbetriebe, in denen niemals wesentliche bergmännische Arbeit für die Beschäftigten in Frage kommt. Der Arbeiterschaft ist in diesem Falle mit der allgemeinen Versicherung mehr gedient.

M n n d (Gießen).

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Kommunistische Propaganda und Wirkungslosigkeit.

Die Arbeit und wenig Wille, so erging es der kommunistischen „Arbeiter-Zeitung“, Mannheim, bei der Ankündigung „Aus der Geheimdokumente der Arbeiter“. Was sie brachte, waren keine Geheimdokumente, sondern Lausungen, zu denen keine der Gewerkschaften etwas haben wie damals. Solche Geheimdokumente befinden sich noch nicht in unserer Mappe, sogar aus einer Zeit, in der diese Arbeiterzeitung noch in den Händen der Arbeiter war, ist ihre Unkenntnis nicht verwunderlich, wenn d. h. wenn es kein groß angelegter Schwabbel der „Arbeiter-Zeitung“ ist, um Zeugnisse zu sammeln und diese zu veröffentlichen. Die In- und Abgänge der „Arbeiter-Zeitung“ sind genau so groß, wie in der „Arbeiter-Zeitung“, wenn 6000 emtreten, treten 6000 aus, das ist ein offenes Geheimnis. Diese KP-Strategen verwechseln aber auch oder wollen es nicht wissen, daß die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft einen doch etwas größeren Einfluß haben (wenn auch nicht genügend) als in früherer Zeit, und daß die Wirkungslosigkeit besteht, solche in diesen Geheimdokumenten angeführten Forderungen einzuschleichen bzw. zu beseitigen, wenn von der Arbeiterschaft auch nur ein kleines Zeichen mehr aufgebracht würde. Die Arbeiterschaft ist nicht reichlich in den Betrieben, dies bekräftigen wir ganz entschieden. Die „Arbeiter-Zeitung“ und die kommunistischen, oppositionellen, revolutionären Betriebsräte waren bis jetzt nicht in der Lage, den Gewerkschaften einflussreiches Material zu überreichen, wo ein solches, gelegentliches Eingreifen möglich gewesen wäre. Kritik allein ist nicht genug, es ist in allen Betrieben, ganz gleich welcher Industrie, die Mißstände verschiedener Natur vorhanden sind, die sich

Sowjetrußland, weiß jeder, und die Arbeiterräte arbeiten mit Unterstützung der Gewerkschaften unermüdet daran, diese Mißstände einzuschränken oder ganz zu beseitigen. Eine Vernachlässigung wird weder den Arbeiterräten noch den Gewerkschaften in ihrer Gesamttätigkeit kaum nachgewiesen werden können. Was die Gewerkschaften verlangen und verlangen dürfen, ist nur, daß ihnen die bestehenden Mißstände in den einzelnen Betrieben rechtzeitig und wahrheitsgemäß gemeldet werden, damit ein Eingreifen durch die Gewerkschaften möglich wird. Zur Feststellung von Unfällen und Vergiftungserscheinungen stehen den Arbeiterräten Fragebogen in reichlichem Maße zur Verfügung. Sie brauchen nur benutzt zu werden. Aber die Arbeiterschaft muß in dieser Beziehung in den Betrieben mitarbeiten und den Arbeiterräten alle Vorkommnisse melden, damit den Arbeiterräten die Weitermeldung ermöglicht wird. Jeder einzelne Arbeiter muß etwas selbständiger werden und sich um seine Interessen kümmern, dann wird die Zusammenarbeit der Arbeiter mit den Arbeiterräten und mit den Vertrauenspersonen der Gewerkschaften bedeutend besser werden. Wer sich allerdings nur von solchen Anpöbelungen und Beschimpfungen anderer nähren und über Wasser halten kann, wie die „Arbeiter-Zeitung“, hat für ein solches Verhalten sachlicher Mitarbeit der Arbeiterschaft kein Interesse. Wenn alle Phrasen, Lügen und Verdrehungen der KP-Zentrale und ihrer Presse in der Arbeiterschaft Deutschlands Anklang gefunden hätten, dann gäbe es doch nur noch Kommunisten. Das ist aber nicht so. Die deutsche Arbeiterschaft lehnt einen solchen Scherbenladen ab, es sind nur einige Stänker, Bessermisser, Reichhaber, Verdärter und Leute, denen die geistige Fähigkeit fehlt, den Unsinn der „Arbeiter-Zeitung“ richtig erfassen zu können. Wer ihn erfährt und das schädliche Treiben dieser Personen innerhalb der Arbeiterschaft kennt, kehrt diesen Maul- und Phrasenbelben den Rücken.

Nun zur Belegschaftsversammlung der J.-G. Farbenindustrie, Ludwigshafen. Was sollen die Anpöbelungen der „Arbeiter-Zeitung“? Die Bonzen zierten i. d. Bühne, um die Belegschaft einzulassen? Es ist doch ganz selbstverständlich, daß die Gewerkschaftsvertreter in einer Werkerversammlung anwesend sind, das ist doch ein Recht der Arbeiterschaft, um das sie jahrzehntlang gekämpft hat; das müßten auch die Hofenmähe der „Arbeiter-Zeitung“ wissen. Mit solchen Ausdrücken schießt man nur von sich auf andere, denn es ist richtig, die KP-Strategen konnten leider die Arbeiterschaft der J.-G. Farbenindustrie öfter einsehen. Wie schrieb die „Arbeiter-Zeitung“ in ihrer Nr. 115 vom 16. Mai 1928:

„Revolutionäre Arbeiter! Die Verbrecher und Betrüger Baumgärtner, Frenzel u. Ko. müssen so schnell wie möglich von der politischen Bildfläche verschwinden. Ihre Schandakten sind genug. Der Betrug an der Arbeiterschaft muß ein Ende haben.“

Das waren doch die von der KP. beauftragten Einseifer, die an der Arbeiterschaft das Verbrechen begangen haben, und die die Arbeiterschaft betrogen haben; aber nicht nur Baumgärtner, Frenzel u. Ko., sondern alle Vertreter der KP. bis zu den heutigen Strategen, die sich noch der Günst Moskaus erfreuen dürfen. Eine nette Ahnengalerie!

Genau so geht es mit den Anpöbelungen betr. der Anwesenheit des Kollegen Sommer, der im abgelassenen Berichtsjahr bis zu seiner Anstellung als Parteisekretär in Mannheim Betriebsratsvorsitzender war. Nach unserer Meinung hätte Sommer über die Tätigkeit des Betriebsrates zu berichten gehabt, denn er war bis zum 15. Dezember in der Anilinfabrik beschäftigt. Wenn er das nicht tat, so stellte er sich aber zur Verfügung, um Rede und Antwort zu stehen, wenn es notwendig geworden wäre. Diese Anpöbelung kommt aber auch einer Denunziation gleich, um die Direktion der J.-G. Farbenindustrie darauf aufmerksam zu machen, „nicht nur Gewerkschaftssekretäre nehmen an den Werkerversammlungen teil, sondern auch Parteisekretäre der SPD. Dachtet ihr das in euren Räumchen?“ Was will die „Arbeiter-Zeitung“ damit erreichen? Heraus damit, daß der Arbeiterschaft die Augen vollständig geöffnet werden, um das schädliche Treiben dieser KP-Strategen besser erkennen zu können.

Wirtschaftspolitische Betrachtungen spielen für die KP-Papageien keine Rolle. Wir gehen auf den in der „Arbeiter-Zeitung“ verpöbelten Unsinn nicht ein, die KP. lebt ja nur von Aktivität, mobilisieren, und wie diese Schlagwörter alle heißen.

Wir erlauben uns, anzufügen: Welcher Diskussionsredner rechnete gründlich mit den Reformisten ab, wer war der starke Mann? War es Dehlenschläger? Wenn ja, dann kann von einer Abrechnung nicht die Rede sein, denn die diesjährige Kritik war viel zahlreicher als die im vorigen Jahre, und die KP. kann ihn ruhig in ihre Fliegerröhre übernehmen, er verdient nichts mehr. Wir würden bedauern, wenn die J.-G. Farbenindustrie den Andenkungen der „Arbeiter-Zeitung“ folgen würde, denn wie gern würde diese („Arbeiter-Zeitung“) es erreichen, daß Dehlenschläger entlassen wird; wir nicht, sondern wir empfehlen der Direktion, Dehlenschläger als kommunistisches, revolutionäres und oppositionelles Arbeiterratsmitglied in einem allen Arbeitern zugänglichen Raum anzustellen mit einem Plakat: „Dieses kommunistische, revolutionäre und oppositionelle Arbeiterratsmitglied hat uns noch nie geschadet, wir wünschen noch mehr solche Exemplare!“ — Was die „Arbeiter-Zeitung“ über die Ausführungen von Dehlenschläger bringt, ist doch das gleiche, was die KP. ihr auf peinlich sauberem Papier überreicht hat. Die Kritik, die Dehlenschläger übte, traf weder die übrigen Arbeiterratsmitglieder noch die Gewerkschaften, sondern ihn selbst. Dehlenschläger ist seit 1924 Arbeiterratsmitglied, das erstmalig auf der Oppositionsliste, dann 1925 von den Gewerkschaften aufgestellt, also kein Reising. Er konnte also seit 1924 in seinem Sinne die Interessen der Arbeiter vertreten. Aber was tat er? Entweder kam er überhaupt nicht zu den Arbeiterratsversammlungen oder wenn er einmal kam, dann so spät, daß von seiner Mitarbeit nicht die Rede sein kann. Er war als Horschpöbel der KP. zu schlecht. Nicht allein diese Vernachlässigung der revolutionären und oppositionellen Pflichten wird ihm vorgeworfen, sondern auch, daß er Kollegen bei den Vorgesetzten denunzierte. Somit fallen alle Anklagen, die er erhob, auf ihn selbst zurück, denn in seiner fünfjährigen Zugehörigkeit zum Arbeiterrat konnte er für Abstellung all dieser vorgeworfenen Anklagen sorgen. Warum tat er das nicht? Warum unterbreitete er dieses Material, wenn er sich selbst zu schämen fürchtete, es zu vertreten, nicht den Gewerkschaften? Gelegenheiten war ihm doch dazu gegeben. So steht die Tätigkeit revolutionärer, oppositioneller Arbeiterratsmitglieder aus.

Ju dem Antrag „Anilinarbeiter! Chemiewerker! Ausgebenteete der Gießerei!“ stellt die „Arbeiter-Zeitung“ die Behauptung auf, die im Interesse der gesamten Arbeiterschaft nicht anwidersprochen bleiben darf. Sie schreibt nämlich, „von den 18 500 Anilinarbeitern sind noch nicht ein Drittel gewerkschaftlich organisiert“. Ein Beweis, wie wenig die „Arbeiter-Zeitung“ und die KP-Zentrale unterrichtet sind. Wäre das aber wahr, dann trügen die Schuld doch die Verbrecher und Betrüger, wie sie die „Arbeiter-Zeitung“ selbst bezeichnet hat, und von denen sie in der Nr. 117 ihrer Zeitung vom 18. Mai 1928 schreibt:

„Gebt den Baumgärtner, Frenzel u. Ko. den verdienten Fußtritt, der sie in das Nichts zurückschleudert, aus dem sie hervorgezogen sind.“

Das waren die Heiden der kommunistischen Partei, die die Arbeiterschaft 1922 und 1924 ins Unglück stürzten. Diese Heidentaten sollen nun verwischt werden, indem die KP-Zentrale besonders radikale Forderungen der sogenannten Opposition aufstellt; sie sollen ein Forder sein, um die Arbeiterschaft wieder erneut für die kommunistischen Phrasen einzufangen. Oder beabsichtigt man, der Direktion der J.-G. Farbenindustrie damit zu sagen, „geht der nach höheren Lohn strebenden, organisierten Arbeiterschaft nicht nach, lehnt die Forderungen ab, die Arbeiterschaft ist zu schwach, um dafür kämpfen zu können?“ Dann ist dies ein weiterer offener Verrat der kommunistischen Opposition, daß man der Arbeiterschaft bei einem Lohnkampf so in den Rücken fällt. Es gibt leider Menschen, die sich auch nur von solchen Dingen ernähren, aber nur so lange, bis endlich der Arbeiterschaft der Geduldsboden reißt und sie solchen

Arbeitervertretern den wohlverdienten Fußtritt gibt. Macht deshalb endlich mit solchen „Vertretern“ Schluß und stärkt die Reihen der freien Gewerkschaften!

Wie steht es denn in Sowjetrußland aus? Dort ist die Parole „Alle Macht dem Betriebsdirektor!“

Eine vom Räte für Arbeit und Verteidigung einberufene Besprechung hat jetzt alle Vertreter des Präsidiums des obersten Wirtschaftsrates bis zu den kleinen Provinzfunktionären der Wirtschaft in einer Front für die Förderung geeinigt. „Alle Macht dem Betriebsdirektor!“ — so formulierte ein kommunistischer Redner die einhellige Meinung der Konferenz. Die soeben veröffentlichten neuen Bestimmungen über die Pflichten und Befugnisse der Betriebsleitungen berauben die Gewerkschaften ihres früheren Mitwirkungsrechts und stellen die Ernennung der Betriebsdirektoren und der gesamten Betriebsleitung in das ausschließliche Ermessen der Wirtschaftsorgane.

Was soll damit in Rußland erreicht werden? Eine Steigerung der Produktion und Ausbeutung der Arbeiterschaft, um eine erhöhte Arbeitsleistung zu erzielen; Aufschaltung der Gewerkschaften jeder Art, Betriebs- und Produktionskontrolle. Die Mitwirkung der Gewerkschaften, ja selbst der „roten“ Gewerkschaften, ist unbrauchbar und lästig in dem „Sowjet-Paradies“. „Alle Macht dem Direktor!“ und „Hinaus mit den Faulenzern und Tagelöhnern“, das ist die Parole der russischen, kommunistischen, kapitalistischen Produktionsmittelbesitzer. Ihre deutschen Anhänger können aber den deutschen freien Gewerkschaften ruhig planmäßigen Verrat und mangelnde Aktivität vorwerfen, das ist etwas ganz anderes.

Kundschau.

Vermögenssteuerstatistik.

Wie aus der jüngst veröffentlichten Statistik über die Vermögenssteueranlagung im Jahre 1925 hervorgeht, war in diesem Jahr in Deutschland ein steuerpflichtiges Rohvermögen von über 108 Milliarden Mark vorhanden. Davon entfielen nicht weniger als 54 Prozent auf die großen Vermögen von über 100 000 Mark. In die Gruppe von 100 000 Mark bis eine Million gehörten 106 000 Personen und Körperschaften = 4,1 Proz. aller Vermögenssteuerpflichtigen, die aber mit 26,4 Milliarden Mark einen Anteil von 26 Prozent an dem steuerpflichtigen Gesamtvermögen hatten. Steuerpflichtige mit einem Vermögen von mehr als einer Million Mark gab es 7296, das sind 0,35 Prozent der Steuerpflichtigen, die aber nicht weniger als 28 Prozent des steuerpflichtigen Gesamtvermögens mit 27,4 Milliarden Mark auf sich vereinigten. 4,45 Prozent der Steuerzahler besaßen nach dieser Statistik mit einem Vermögen von 53,8 Milliarden Mark nicht weniger als 54 Prozent des gesamten steuerpflichtigen Vermögens.

35 000 Deutsche in der französischen Fremdenlegion.

Nach einer auf genauer Kenntnis der Tatsachen beruhenden Mitteilung des Bundes ehemaliger französischer Fremdenlegionäre in Düsseldorf bestanden sich zur Zeit 35 000 Deutsche in der französischen Fremdenlegion. Die französische Regierung hat die Zahl der Legionärregimenter nach dem Kriege von zwei auf sechs (jedes zu 25 Kompanien) erhöht. Dies jedoch nicht, weil jetzt in den französischen Kolonien eine erhöhte militärische Tätigkeit entfallen würde; sondern — um billige Arbeitskräfte zum Straßenbau und für andere Arbeiten zu haben. Ganze 4 Pfennig täglich beträgt nämlich die Bezahlung für die schwere Arbeit in einem für Europäer oftmals mörderischen Klima. Hinzu kommt die geradezu barbarische Behandlung, die eine Schande für die europäische Kultur darstellt, von den vielfachen geradezu grausamen Disziplinarstrafen gar nicht zu reden.

Täglich laufen durchschnittlich 20 junge Deutsche den französischen Werbeposten für die Fremdenlegion ins Garn, die es angesichts der starken Arbeitslosigkeit in Deutschland und des Schutzes, dessen sie sich in den besetzten Gebieten erfreuen, besonders leicht haben, ihre Tätigkeit auf deutschem Boden zu entfalten. Man braucht nicht Gegner des Militarismus zu sein, um sich doch gegen ein solches System mit aller Entschiedenheit zu wenden. Um so mehr ist das die Pflicht aller derjenigen, die den Militarismus in jeglicher Gestalt und in jedem Lande bekämpfen. Das kann am besten geschehen, indem man ihm seine Opfer entzieht. Die Gewerkschaftspresse insbesondere erfüllt daher nur eine selbstverständliche Pflicht, wenn sie alle jungen Arbeiter eindringlich vor dem Eintritt in die französische Fremdenlegion warnt.

Der Bund ehemaliger französischer Fremdenlegionäre in Düsseldorf (Düsseldorf, Oststraße 63) hat über die Verhältnisse in diesem Truppenteile eines europäischen Kulturstaates eine Broschüre herausgegeben; außerdem stellt er den interessierten Organisationen eine Anschauungstafel und eine Serie von Lichtbildern mit zugehörigem Vortragsmanuskript zur Verfügung.

Literarisches.

„Soziale Bauwirtschaft.“ Halbmonatsschrift, Herausgegeben vom Verband sozialer Bauvertriebe, G. m. b. H. Bezugspreis vierteljährlich 4,50 Mk. für Mitglieder der angeschlossenen Bauhilfen und der Gewerkschaften 2,25 Mk. Verlag Verband sozialer Bauvertriebe, G. m. b. H., Berlin 14, Inselstraße 6. Aber die Beschaffung billigen Vangelbes und über die Bauparkassen beginnt in dem uns vorliegenden Heft Nummer 6 der bekannte Genossenschaftler und Gartenkabinettmann Adolf Otto eine Aufsatzreihe, in der die Vorzüge und Nachteile bestehender oder anzustrebender Bauparkassen kritisch beleuchtet werden. Auch die folgenden Abhandlungen über die Wohnungsbaufinanzierung durch die Hypothekenbanken im Jahre 1928 über den Wohnungsbedarf und die Wohnungsverteilung und die vom Reichsarbeitsministerium entworfenen Reichsrichtlinien für das Wohnungsweisen behandeln das gleiche Gebiet. Reichstagsabgeordneter Genosse Hermann benendet seine Abhandlung über die Handwerker-genossenschaften Mitteldeutschlands, die vom Baunfernhertum hauptsächlich gegründet wurden, als die öffentlichen Mittel auf ihre Mühle zu laufen. Berlin als Wohnstadt, ein prachtvoller Vortrag des Frankfurter Stadtrates Ernst May, und einige kurze Notizen über den wieder einsetzenden Kampf gegen die Bauhilfenbewegung und den Kampf der Mittelständler gegen die Reichsrichtlinien schließen das inhaltreiche Heft.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Aus dem Reiche des Zündholztruffes.

Kreuger-Troll, die Herrscher auf dem Gebiete der Zündholzindustrie, stellen in ihrem Jahresbericht weitere Fortschritte des schwedischen Zündholztruffes fest und daß sie mit zäher Konsequenz in die Produktion der Zündholzindustrie fast aller Länder eingedrungen sind.

Nach ihren eigenen Berichten geht es dem Zündholztruff heute sehr gut. Ihre beinahe vollendete Monopolherrschaft sichert ihnen fette Erträge in allen Ländern, trotzdem sie zeitweilig erhebliche Mittel zum Erobern der fremden Märkte sowie zur Festigung ihrer Machtinteressen in den einzelnen Erbitalländern aufwenden mußten.

Die Gesellschaft weist in allen ihren Unternehmungen für das letzte Jahr eine erhebliche Erweiterung ihres ausgedehnten Machtbereiches auf und hat, um mit ihren eigenen Worten zu reden, allmählich ihre Tätigkeit auf eine „aktive Basis“ verlegt. Das heißt nichts anderes, als daß die Firma nunmehr, da sie die Grundlage ihrer Herrschaft in der Zündholzindustrie nach Möglichkeit ausgedehnt hat, dazu übergeht, die Früchte ihrer mit soviel Sorgfalt angelegten Kapitalien einzuhelfen. In ihren Ausdehnungsbestrebungen wird sie nach eigenem Zeugnis von dem Mutterlande Schweden liebevoll begünstigt. Lobend wird erwähnt, daß die schwedische Steuer-gesetzgebung die Arbeit schwedischer Gesellschaften, die internationale Geschäfte unternehmen, wohlwollend begünstigt.

Besonders wird festgestellt, daß die Tätigkeit der Gesellschaft während des letzten Jahres eine aktivere Zusammenarbeit mit Svenska und International Match Corporation gebracht hat, die von größter Bedeutung für die Gesellschaft ist. Eine der Hauptbeschäftigungen dieser beiden Gesellschaften ist die Verwaltung von staatlichen Konzessionen zur Herstellung und zum Verkauf von Streichhölzern.

Es ist interessant, zu beobachten, auf welche Art und Weise der schwedische Zündholztruff es verstand, sich die oben-erwähnten Konzessionen zu verschaffen. Zum Teil ist das dadurch geschehen, daß der Schwedentruff im großen Umfang die erschütterten Finanzverhältnisse einiger Staaten ganz wesentlich aufbessern half, indem er staatliche Obligationen zu bedeutenden Beträgen übernommen hat, wofür dann die betreffenden Staaten dem Schwedentruff als Gegenleistung wirtschaftliche Machtkonzessionen gegeben haben. Auch in Deutschland hat bekanntlich der Schwedentruff Ähnliches ver-sucht.

Dieses internationale Leihgeschäft des Schwedentruffes hat nunmehr einen solchen Umfang angenommen, daß sich eine besondere Verwaltungsstelle als notwendig erwies. Der Truff hat daher die beiden obengenannten Werke, die einen ausgesprochen industriellen Charakter tragen, von der Ver-waltung solcher Obligationen, die als beständige Kapitalanlagen unter den Aktiven in der Bilanz der beiden Unter-nehmen erschienen, befreit.

Es wurde als vorteilhaft für alle drei Gesellschaften ge-fallen, die beständige Zusammenarbeit so einzurichten, daß die A. B. Kreuger-Troll ganz oder teilweise die staatlichen An-leihen übernimmt, während die industrielle und Handels-beteiligung in Verbindung mit den Konzessionen zwischen Svenska und International Match Corporation geteilt wird.

Diese Neueinteilung und Arbeitssteigerung im Zündholztruff im letzten Jahre in Verbindung mit bedeutenden Unter-nehmungen in Frankreich, Ungarn, Jugoslawien und Lettland zur Durchführung gekommen. Gestützt auf eine große Kapitalmacht, hat der Zündholztruff trotz oft sehr heftiger Ab-wehr seinen Willen zu einem umfassenden Zündholzmonopol zu einem großen Teil mit starkem Erfolg durchgeführt. Hand in Hand mit der finanziellen Konzentration ging eine technische sowie kommerzielle Durchorganisierung des Truffes, die dazu führte, daß eine Reihe von Zündholzfabriken im In- und Aus-lande zum Erliegen kam. Vielen Hunderten von Arbeitern ist dadurch Verdienst und Arbeitsmöglichkeit genommen worden. Als äußerlich sichtbarer Erfolg des Truffes ergibt sich für den Betrachter, daß die Ausdehnung des Zündholztruffes diesem eine ungeheure Steigerung seiner Macht sowie große Gewinne gebracht hat; für die Arbeiterschaft war dagegen Ar-beitslosigkeit das Ergebnis. Die breiten Verbrauchermassen haben vom Nutzen des Truffes seither nichts gespürt, eine Preisverbilligung für Zündhölzer ist bisher nicht bekannt-ge worden. So ist der wirtschaftliche Nutzen im vollen Um-fange dem Zündholztruff zugestossen.

Krieg und Frieden in der Kunstseideindustrie.

Nach kurzem Kampfe scheint man in der Kunstseide-industrie trotz großer Gegensätzlichkeiten zu der Auffassung ge-kommen zu sein, daß die gemeinsame Schröpfung der Kon-suumenten einträglicher ist, als ein gegenseitiger Kampf bis aufs Messer. Wir berichten vor einiger Zeit, daß die Preis-konvention für Kunstseide gekündigt wurde, weil Spannungen zwischen den verschiedenen Parteien, die an der Preisverein-barung interessiert waren, eingetreten sind. Man las wieder-holt von den Drohungen, mit denen sich die deutschen Kunst-seidebetriebe bedachten. Namentlich die J.-G. Farben-industrie sowie die Bemberg-A.-G. erklärten, daß sie in einem rücksichtslosen Konkurrenzkampf durch Unterbietung jeglicher Preise der Gegenseite eintreten wollten. Insbesondere aber richtete sich der Kampf gegen die italienische Gesellschaft Enka Viskosa, die durch eine allgemeine Herabsetzung ihrer Preise, die sie vornehmen konnte, weil sie angeblich minder-wertige Erzeugnisse auf den Markt brachte, den Markt be-zugslos machte.

Den Kunstseideindustriellen, die nun einige Monate nach Fall der Preisvereinbarung im offenen Kampfe standen, scheint dieser nicht gut bekommen zu sein, denn nach Mit-teilung der Presse sollen bereits neue Preisvereinbarungen zwischen Courtaulds Ltd., der Glanzstoffgruppe und der Enka Viskosa getroffen worden sein. Zwar soll es sich lediglich um vorläufige lose Vereinbarungen handeln, die durch eine in-zwischen erzielte festere Preisbildung der italienischen Kunst-seideindustrie erreicht werden konnte. Eine solche Preisver-einbarung bestand bereits vor einigen Jahren unter den italienischen Hauptkunstseideerzeugern. Diese Vereinbarung ging jedoch zugrunde, als der Wettbewerb unter den italie-nischen Gesellschaften zum offenen Konkurrenzkampf führte. Diese Kämpfe in der italienischen Kunstseideindustrie bildeten dann auch die Hauptursache für die jetzige europäische Markt- und Preiskrise. Die darauf erfolgenden Abwehrmaßnahmen der deutschen Kunstseideindustrie sowie die schädigenden Aus-wirkungen des rücksichtslosen Wettbewerbs untereinander, blieben nicht ohne Wirkungen auf die Geschäftslage der italie-nischen Kunstseideindustrie. Nunmehr hat es den Anschein, als ob die italienische Kunstseideindustrie unter dem Druck ihrer Freunde in den anderen Ländern zu Kreuze kriehen will. Das kommt zum Ausdruck in einer grundsätzlich neuen Preispolitik, die die Italiener einschlagen, und zwar zunächst durch Verständigung der nationalen Industrie, sowie durch

Arbeitern; also etwa des dritten Teils der in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter, ermittelt. Untersucht wurden infolge der starken Konzentration der chemischen Industrie nur 110 Unternehmungen, von denen bei weitem die größte Zahl in Mittel-, West- und Süddeutschland entsprechend der Bedeutung dieser Gegenden für die chemische Industrie gelegen waren. Als Lohnform herrschte der Zeitlohn durchaus überwiegend vor. Nur wenig mehr als ein Fünftel der er-fassten Arbeiter standen im Stücklohn, wobei hervorzuheben ist, daß die Akkordarbeit am geringsten war für männliche Arbeiter (14,8 Prozent), größer für weibliche Arbeiter (23,4 Prozent) und am stärksten für gelernte Handwerker (34,8 Prozent). Im einzelnen überblickt der tatsächliche Ver-dienst den Tariflohn bei männlichen Arbeitern um 19,8 Pro-zent beim Zeitlohn, um 18,2 Prozent beim Stücklohn, wobei jedoch einmal berücksichtigt werden muß, daß die Erhebung (Juni 1928) in eine Zeit besonders günstiger Beschäftigung fiel, zum anderen, daß gewisse Zulagen, die im Tariflohn nicht enthalten sind, wie Pflanzzulage, Anstalt- und Säurezulage, Schmutzzulage usw., in die rechnerisch gezahlten Löhne einbezogen waren. Auffschlußreich ist auch die Fest-stellung, daß nach Abzug der Steuerbeiträge und der Arbeit-nehmerbeiträge zur Sozialversicherung sich das Real-einkommen für männliche Arbeiter gegenüber der Vorkriegs-zeit (1913) um rund 11 Prozent, für gelernte Handwerker um rund 13 Prozent erhöht hat. Allerdings mußte die amtliche Untersuchung selbst darauf hinweisen, daß dieser Vergleich nur unter sehr erheblichen Vorbehalten möglich ist, die unseres Erachtens das Realeinkommen zu hoch bewertet erscheinen lassen, da beispielsweise 1913 die Altersklassen vom 18. Le-bensjahr an, 1928 dagegen erst die Altersklassen vom 21. Lebensjahr an zugrundegelegt wurden.

Die chemische Industrie des Auslandes.

Der Zeitschrift „Die chemische Industrie“ entnehmen wir folgende Angaben aus der chemischen Industrie des Auslandes:

Frankreich. Ausbeutung der Karbidindustrie. Die „The Commercial“ berichtet, beabsichtigen einige französische Kohlenzechen, die Produktion von Kalziumkarbid aufzunehmen, um einen Teil der Überschüsse ihrer Kohleproduktion und die billige elektrische Energie auszunutzen, die ihnen durch ihre eigenen Kraftwerke zur Verfügung steht. Gegenwärtig erfolgt die Herstellung von Kalziumkarbid im südsibirischen Gebiete Frankreichs, wo billige Elektrizität aus Wasserkraften zur Verfügung ist. Diese im Süd-osten Frankreichs liegenden Fabriken befinden sich dagegen be-züglich der Kohleverfügung den von den Kohlenzechen geplanten Anlagen gegenüber im Nachteil.

Norwegen. Die Saugbrunnensforentingen-Kunstseidefabrik in Halten ist nach einer Mitteilung des „Chemical Trade Journal“ mit der Errichtung einer elektropolymeren Alkalianlage zur Her-stellung ihrer Bleichmittel beschäftigt. Das Alkali, das gleich-zeitig gewonnen wird, wird fast ausschließlich, um den Bedarf Nor-wegens an diesem Produkt zu decken.

Sowjet-Rußland. Ausbeutung der Wolfram-vorkommen. Nach einem Berichte des „Engineering and Mining Journal“ ist amtlich bekanntgegeben worden, daß die Aus-beutung der Wolframvorkommen im Transbaikalien in Sibirien von ausländischen Firmen übernommen werden kann. Die Lager liegen etwa 100 Meilen südsibirisch von Tschita und sind praktisch unerschöpft.

In der Zeit vom Jahre 1915 bis 1918 wurden etwa 170 Tonnen Wolframkonzentrat produziert, einige Jahre später wurde die Pro-duktion aber vollständig eingestellt.

Die gegenwärtige Wolframproduktion in Sowjetrußland deckt den einheimischen Bedarf nicht im entferntesten. Für das Jahr 1928 wird der Bedarf an Ferruwolfram auf 800 Tonnen berechnet, und im Jahre 1929 wird er auf etwa 1000 Tonnen steigen. Hierzu würden jährlich 1300 bis 1600 Tonnen 65prozentiges Wolframkon-zentrat benötigt werden, die Produktion beträgt jedoch noch nicht einmal 200 Tonnen.

Die durchschnittliche Zusammensetzung der Wolframerze aus dem Transbaikalien beträgt 75 Prozent Wolframit, 15 Pro-zent FeO und 9 Prozent MnO.

Die ungenügende Ausbeutung der indischen Wolframvor-kommen hat in den letzten Jahren eine bedeutende Einfuhr, deren Wert über eine Million Rubel pro Jahr betrug, zur Folge gehabt. Es wird in amtlichen Kreisen als zweckmäßig angesehen, wenn ein ausländisches Unternehmen durch einen Konzessionsvertrag die Aus-beutung der Lager übernimmt. Dem Inlandsmarkt würde ein Vor-kaufrecht eingeräumt werden, und der Überschuß der Produktion könnte ausgeführt werden.

In der zweiten Hälfte des vorigen Jahres wurde in der Um-gebung von Nachatich-Kala (Daghestan) der Grundstein zu einer Schwefelnatriumfabrik gelegt.

Die Drücklichkeit ist nach „Ekonomitscheskaja Schisn“ glück-lich gewählt. Die neue chemische Fabrik wird leicht mit billigen Roh-stoffen und Heizmaterial versorgt werden können und der Ab-transport der fertigen Ware wird infolge der bequemen Verkehrs-verhältnisse keine Schwierigkeiten bereiten.

In der Karabugas-Bucht des Kaspiischen Meeres und am Lura-liner See werden erfolgreiche Versuche zur Gewinnung von künst-lichem Glaubersalz ausgeführt. Mit dem ersteren wird die neue Fabrik durch eine Eisenbahn und einen Hafen verbunden sein; der Luraliner See liegt in der Nähe der zu erbauenden Anlage. Als Brennmaterial ist Erdöl in Aussicht genommen, das ohne Schwierigkeiten geliefert werden kann.

Der St. von Amerika. Steigende Gewinne in der chemischen Industrie im Jahre 1928. Die Zei-tschrift „Chemical and Metallurgical Engineering“ veröffentlicht eine Zusammenstellung über die finanziellen Erträge einiger bedeutender chemischer Unternehmen in den Vereinigten Staaten während der beiden letzten Jahre (soweit die Berichte für das Jahr 1928 schon veröffentlicht sind); wie aus dieser hervorgeht, haben fast alle Unter-nehmen im Jahre 1928 höhere Gewinne erzielt als im Vorjahre. Die Gewinne betragen:

	1927 in 1000 Dollar	1928 in 1000 Dollar
Air Reduction	2 413	3 209
Atlas Powder	1 985	2 094
Commercial Solvents	2 013	2 929
Dupont & Reynolds	930	1 080
Du Pont	45 948	64 098
Freeport Texas	3 736	3 276
Hercules Powder	3 204	4 039
Pratt & Lambert	1 326	1 433
Texas Gulf Sulphur	12 089	14 518

Kanada. Einfuhr von Kunstseide. Nach „The Commercial“ betrug die kanadische Einfuhr von gebleichten un-gezwickelten Kunstseidegarne in dem am 31. März 1928 ab-gelaufenen Fiskaljahr 1,51 Millionen lbs im Werte von 1,67 Mil-lionen Dollar im Vergleich zu 1,43 Millionen lbs (1 engl. Pfund



erneute Fühlungnahme mit den europäischen Großkonzernen. Diese Verhandlungen sind noch nicht zum Abschluß gekommen, doch besteht an einer endgültigen Regelung kein Zweifel. Die Kunstseideindustrie kann im Augenblick keinen Krieg brauchen, ihrem wirtschaftlichen Horizont macht sich bereits jener berühmte Silber- oder besser gesagt Goldstreifen bemerk-bar, der eine allgemeine Besserung der Konjunkturlage ankündigt. Jedenfalls ist in den letzten Wochen eine auf-fallend stärkere Nachfrage nach besseren Kunstseidesorten vor-handen, die die Kunstseideindustrie zweifellos ausnützen wird.

Im Zusammenhang steht auch die Beilegung des Streites um den großen Knochen in Gestalt des Enka-Aktienpaketes (Hinterlassenschaft des belgischen Wertspekulanten Löwen-stein), um das sich J.-G. Farbenindustrie und Glanzstoff rau-ten. Nach Zeitungsmeldungen sind nunmehr Vereinbarungen zwischen Glanzstoff und Enka getroffen worden, nach denen zwischen den beiden Gesellschaften eine geschäftliche und tech-nische Zusammenarbeit eintreten soll, weiter soll ein bedeu-tender Posten aus den Händen des Verwaltungskonjunktions der Enka in die Hände der Glanzstoff-Gruppe gelangt sein. Das bedeutet eine innige Gemeinschaft zwischen Enka und Glanz-stoff. Wie sich die J.-G. Farbenindustrie zu dieser Regelung verhält, ob sie evtl. auf eine Beteiligung an der Enka ver-zichtet hat und sich dafür anderweitig schadlos zu halten ge-denkt, ist nicht bekannt.

Damit ist der Kampf in der Kunstseideindustrie beendet; er war nur von kurzer Dauer. Die kapitalstarke Kunstseide-internationale hat durch ihr rücksichtsloses Vorgehen die ans der Reihe tanzenden Unternehmen zur Vernunft gebracht. Es ist hier von den Unternehmern, die nach der freien Wirtschaft rufen, ein Schulbeispiel dafür gegeben worden, daß es ihnen mit dieser Forderung nicht ernst ist. Hier haben sie einen Preisabbau für Kunstseideerzeugnisse durch rücksichtsloses Vorgehen mit Kampfpfeifen beantwortet. Der Weizen der Kunstseideunternehmer blüht, für sie gilt es, den Segen einzu-heimen, solange eine Möglichkeit dazu besteht. Darum können sie einen Kampf untereinander nicht ertragen. Auch für die Kunstseideindustrie gilt das Unternehmerwort im vollen Umfange: Teile und herrsche! Auch sie ziehen ein gemein-sames Schröpfen der Verbraucher jedem Kampf, der sie finanziell schwächt, vor.

Der Lohn in der chemischen Industrie in amtlicher Darstellung.

Eine vom Statistischen Reichsamte angestellte Untersuchung über die Lohnverhältnisse in der deutschen chemischen Indu-strie kann deshalb unter besonderes Interesse in Anspruch nehmen, als bei ihr im Gegenfatz zu vielen ähnlichen Unter-suchungen nicht die Tariflöhne, sondern die tatsächlich ge-zahlten Löhne, also auch Zuschläge für Akkordarbeit und die über-tariflichen Löhne zugrunde gelegt wurden. Insgesamt wurden die tatsächlichen Arbeitsverdienste von 86 260

gleich 480 gr.) im Werte von 1,79 Millionen Dollar im Fiskaljahr 1928/27. Die wichtigsten Herkunftsländer waren:

	1928 in 1000 lbs	1927 in 1000 lbs
Niederlande	710	779
Deutschland	309	195
Belgien	157	122
Vereinigige Staaten	135	105
Großbritannien	44	139

Seitdem die Courtaulds- und die Celanese-Fabriken die Produktion aufgenommen haben, ist die Einfuhr aus Großbritannien stark zurückgegangen.

Niederländisch-Guayana. Die Ausfuhr von Bauxit (Grundstoff für Aluminium). Nach „Handelsberichten“ wurden im ersten Halbjahr 1928 aus Niederländisch-Guayana 108 500 Tonnen Bauxit gegenüber 75 022 Tonnen im gleichen Zeitraum des Jahres 1927 ausgeführt.

Brasilien. Die Companhia Hydroelectrica de Albasos Chimico Alkali hat gemäß den Bestimmungen des staatlichen Regulierungsdekrets Nr. 4461 Pläne für die Errichtung einer Fabrik zur Herstellung von 10 000 Tonnen Aluminat, 250 Tonnen Wasserstoff, 8000 Tonnen Chlor (für die Herstellung von Chloralkali usw.) und 200 Tonnen flüssigen Chlor pro Jahr eingebracht.

Australien. Gewinnung von Erdfarben in Südaustralien. Dem Journal der Londoner Handelskammer entnehmen wir den folgenden Bericht:

Während der letzten zwanzig Jahre ist die Aufmerksamkeit auf die im Staate Südaustralien vorkommenden natürlichen Erdfarben gelenkt und beträchtliches Informationsmaterial über dieses Thema zusammengestellt worden. In einer kürzlich vom Department of Mines in Adelaide herausgegebenen Schrift sind alle bisherigen Ergebnisse zusammengefaßt worden.

Folgende Erdfarben und Rohstoffe für die Farbenindustrie werden in Südaustralien gewonnen bzw. kommen dort vor: Schwerpat, Oker, Umbra, Sienna, Karbolsäure, Kreide, Kieselsäure, Talk und Titanerze. Einige sind nur in geringen Beständen vorhanden und werden nur in geringen Mengen gewonnen, da die Abfuhrmöglichkeiten begrenzt sind.

Die meisten Lager könnten aber Erzeugnisse liefern, die nach einfacher Mischung mit den besten aus dem Auslande bezogenen Materialien konkurrieren können. Schwerpat wird z. B. in drei Grädigkeiten verkauft, je nach dem Eisengehalt. Die Preise für die beiden niedrigen Grädigkeiten liegen weit unter dem Preise für die erste Qualität; bisher ist jedoch noch kein Versuch unternommen, die Qualität des Schwerpats durch Bleichung mit Säuren zu erhöhen, ein Verfahren, dem die meisten europäischen Schwerpate unterworfen werden, bevor sie auf den Markt gelangen. Die Folge dieser Nachlässigkeit ist die Ansammlung großer Mengen eisenhaltiger Schwerpate bei den Gruben, für die bisher keine Verwendung besteht.

Papier-Industrie

Rostfärberei-Laktik.

Die von den Bezirksverbänden der Papiererzeugungs-Industrie an die Gewerkschaften verhandten Kündigungsschreiben für die Bezirkslohnabkommen gleichen sich ihrem geistigen Inhalte nach, oft sogar wörtlich, wie ein Ei dem anderen. Das ist ein Zeichen dafür, daß höchstwahrscheinlich von der Arbeitgeberverbände-Zentrale oder einer anderen Zentralstelle der Arbeitgeberverbände ein sogenanntes Schema F für diese Zwecke ausgearbeitet wurde. Einige Bezirksverbände haben sich in dieses Schema derartig verliebt, daß sie es nicht nur für die Papiererzeugungs-Industrie, sondern auch für andere von ihnen vertretene Industriezweige zur Anwendung brachten. So ist uns aus der badischen Metallindustrie bekannt, daß dort die Metallarbeiterverbände das Kündigungsschreiben mit dem gleichen Wortlaut erhielten, wie es in der Papiererzeugungs-Industrie verandt ist, nur mit dem Unterschied, daß die Friedenslöhne der Metallarbeiter einfach um 50 Prozent höher gesetzt wurden als die Friedenslöhne der Papiererzeugungs-Industrie, und daß daraus die heutigen Reallohne errechnet wurden. Dieses Verfahren ist sehr einfach, kostet wenig Gehirnschmerz und hat außerdem noch den Vorteil, daß derartige Kündigungsschreiben ohne besondere Unkosten vom Bureau für den Arbeitgeberverband angefertigt werden können.

Ein ähnliches Verfahren scheitert die Zentrale des Arbeitgeberverbandes für die Papiererzeugungs-Industrie auch zu den Bezirkslohnverhandlungen in Anwendung gebracht zu haben. Wie uns aus Köln und Steffin in den letzten Tagen mitgeteilt wird, wenden die Verhandlungsführer der Arbeitgeber einen neuen Rostfärberei-Artikel an. Sie ziehen bei den Verhandlungen unseren Artikel „Die deutsche Papiererzeugungs-Industrie im Jahre 1928“ heran und begründen besonders die Stellen, daß die deutsche Papiererzeugungs-Industrie zur vollen Ausnützung ihrer Betriebe auf die Ausfuhr angewiesen ist“ und daß die deutsche Papiererzeugungs-Industrie versuchen müsse, die Ausfuhr zu steigern, wenn nicht Produktionsbeschränkungen und Betriebsstillstände als Folge der rückläufigen Ausfuhr eintreten sollen.“

Mit diesen Auszügen aus dem erwähnten Artikel glauben sie nun den Beweis dafür antreten zu können, daß auch wir von der „Kostfrage“ der deutschen Papiererzeugungs-Industrie vollkommen überzeugt sind. Die Verhandlungsführer der Arbeitgeber verschweigen aber wohlweislich die aus dem gleichen Artikel hervorgehende Tatsache, daß der prozentuale Rückgang der Ausfuhr eine Folge der rückwärtslos durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen ist, wodurch die Produktion seit 1927 um 30 Prozent gesteigert wurde, während zur Aufrechterhaltung der Friedensproduktion nur eine Gesamtpapierausfuhr von 20 bis 25 Prozent notwendig war. Sie verschweigen ferner, daß das Druckpapierprodukt bis zum Ausbruch des Krieges seine Produktion um 15 Prozent künstlich eingeschränkt hatte, um die Friedensdruckpapierpreise hochhalten zu können.

In des gleichen Hore blies in Steffin als Verhandlungsführer der Arbeitgeber auch der kaufmännische Direktor des Feldmühlens-Konzerns, Herr von Lallemand. Von diesem Herren warnt uns diese Laktik wirklich nicht, nachdem sich im Geschäftsbericht der Feldmühle für 1928 folgende Sätze befinden: „Leider werden alle für die Rationalisierung und Verbesserung der Betriebe angewandte Arbeit und Kosten vereitelt durch Lohnrückfälle der der Wirtschaft fremd gegenüberstehenden staatlichen Behörden. Es wird künftig unmöglich sein, in Deutschland Industrie zu betreiben, wenn jedes Jahr die Löhne allgemein für lästige und unflüchtige Leute gleichmäßig durch Schiedsprüche von Instanzen gehoben werden, die der Wirtschaft ohne Einsicht veranlassunglos gegenüberstehen.“

Nach solchen Auslassungen im Geschäftsbericht der eigenen Firma braucht man sich wirklich nicht zu wundern, wenn der Direktor von Lallemand, der schon in Zeiten guter Konjunktur jede Lohnherhöhung bei den Lohnverhandlungen bekämpfte, dafür aber auf die von ihm großzügigsten Gelben hinwies, auch bei den diesmaligen Bezirkslohnverhandlungen Ausföhrungen machte, die sich mit dem Geschäftsbericht seiner eigenen Aktiengesellschaft vollkommen decken, wobei er wirklich nicht notwendig hatte, noch unsere Verbandszeitung als Deckung für seine soziale Rückständigkeit zu benutzen. Besonders ein Vertreter des Feldmühlens-Konzerns sollte in dieser Frage recht vorsichtig sein. Heißt es doch im Geschäftsbericht der Feldmühle für 1928: „Die Rationalisierung und Modernisierung in allen unseren Werken ist nun soweit durchgeführt, daß außer kleinen Verbesserungen und den laufenden Reparaturen nach dem heutigen Stand der Technik zur Zeit in dieser Beziehung nichts mehr getan werden kann.“

Es bedarf keiner Worte, daß die Durchführung dieser Rationalisierungsmaßnahmen ungeheure Produktionsmittel erforderten, die aus der Arbeitskraft der Arbeiterschaft herausgepreßt wurden. Natürlich verschweigt man diese Tatsache wohlweislich bei den Lohnverhandlungen. Man

Don Revolutionen.

Jene großen sozialen Wandlungen, die man Revolutionen nennt, können nicht oder können nicht mehr das Werk einer Minorität sein. Eine revolutionäre Minorität, sei sie noch so klug und noch so energisch, reicht nicht aus, wenigstens nicht in der modernen Gesellschaft, um die Revolution durchzuführen. Sie bedarf der Mithilfe, des Beistands der Majorität — der ungeheuren Majorität.

Jean Janres („Aus Theorie und Praxis“).

Hoffen wir, daß die Reihe der improvisierten Revolutionen, wie die Franzosen sie nennen, nun zu Ende ist. Hat man je gehört, daß große Improvisatoren auch große Dichter sind? Und wie in der Poesie so in der Politik. Revolutionen werden nicht auf Befehl gemacht. Seit den schrecklichen Erfahrungen von 1848 und 1849 ist zur Hervorbringung nationaler Erhebungen etwas mehr nötig als papierne Erlasse von entfernten Führern.

Karl Marx.

verschweigt ebenso die Tatsache, daß es der Feldmühle gelungen ist, von ihrer aufgenommenen englischen Anleihe bereits 52 439,10 Pfund Sterling wieder zurückzuzahlen und trotzdem noch seit Jahren an die Aktionäre 12 Prozent Dividende zu verteilen.

Die von Herrn Direktor von Lallemand bei den Lohnverhandlungen betonte „Kostfrage“ der Papiererzeugungs-Industrie wird besonders noch gekennzeichnet durch den in seinem Betriebe herrschenden Rationalisierungseifer, zu dessen Befriedigung auch noch fremde Betriebe angegliedert werden müssen. Der Geschäftsbericht der Feldmühle für 1928 sagt dazu folgendes: „Es erschien uns deshalb zweckmäßig, diese Rationalisierungsmaßnahmen durch Angliederung bisher fremder Betriebe weiter auszuweiten.“

Die Kostfrage der von Herrn Direktor von Lallemand vertretenen Feldmühle ist also so groß, daß durch günstige Aktienangebote der ganze Reichholz-Konzern und dazu noch die betriebsfremden „Chemischen Werke Pommern G. m. b. H.“ von der Feldmühle übernommen werden konnten. Die Arbeiterschaft vermag in solchen Maßnahmen wirklich keinen „Koststand“ zu sehen. Vielmehr zeugen diese Maßnahmen davon, daß Geld in Hülle und Fülle für diese Ausdehnungsbestrebungen vorhanden ist. Daß dieser von der Feldmühle gezeigte Rationalisierungseifer zu weiteren Produktionssteigerungen führen muß, daß die Folge davon ein weiterer prozentualer Rückgang der Ausfuhr sein muß, und daß, wenn es nicht gelingt, durch Erhöhung der Löhne der Arbeiter und Angestellten den Inlandsabfah zu heben, dann weitere Betriebsstillstände und Betriebsbeschränkungen in anderen Werken die Folge sein müssen, diese Tatsache verschweigt wohlweislich der kaufmännische Direktor der Feldmühle bei den Lohnverhandlungen. Angesichts solcher Tatsachen ist es wirklich ein starkes Stück, wenn der Vertreter der Feldmühle bei den Lohnverhandlungen die abgeleitete Schallplatte mit dem alten Kostiede immer wieder aufzuspannen mag!

Oder spricht es etwa für eine Kostfrage der deutschen Papiererzeugungs-Industrie, wenn der Reichholz-Konzern 12 Prozent Dividende und die Vereinigten Strohhoffabriken in Dresden sogar wiederum 18 Prozent Dividende verteilen können? Wir sind bereit, noch mehrere derartige „notleidende Betriebe“ nachzuweisen.

Warum verschweigen die Verhandlungsführer der Arbeitgeber bei den Lohnverhandlungen, daß die Dividenden der Papiererzeugungs-Industrie zu den höchsten in der deutschen Wirtschaft gezahlten Dividenden gehören? Warum verschweigen sie, daß dieser hohe Dividenden Erfolg möglich war, trotzdem bei der Umstellung von der Goldmark zur Papiermarkwährung den Aktionären 176 750 982 Goldmark geschenkt wurden? Warum verschweigt man bei den Lohnverhandlungen ferner, daß die Papiererzeugungs-Aktien infolge ihrer hohen Dividenden zu den begehrtesten Industriepapieren an der deutschen Börse gehören? Und warum zitiert man aus dem gleichen Artikel des „Proletarier“ nicht auch die Äußerung des Direktors der Schreiber Papierfabrik,

Hermann Jost, nach dessen Auffassung „von der Papiererzeugungs-Industrie erfreulicherweise gesagt werden kann, daß sie im großen und ganzen gesund ist!“

Angesichts dieser Tatsachen ist es wirklich Demagogie, wenn zur Begründung der Kostfrage in der Papiererzeugungs-Industrie einzelne Sätze eines Artikels in unserem Verbandsorgan herhalten müssen. Mit einer solchen Laktik können die Vertreter der Arbeitnehmer bei den Lohnverhandlungen von den Unternehmervertretern wirklich nicht mehr gekauft werden. Die Arbeitgeber der Papiererzeugungs-Industrie würden in ihrem eigenen Interesse wahrhaftig besser daran sein, wenn sie bei den Lohnverhandlungen anerkennen wollten, daß durch Lohnherhöhungen die Konjunktur der breiten Massen gehoben werden und dadurch wiederum der Inlandsabfah gefördert werden kann. Wohl oder übel werden sich auch die Arbeitgeber der Papiererzeugungs-Industrie zu dieser Theorie noch einmal bekennen müssen, trotzdem sie in dem nationalökonomischen Atlas ihrer Großväter noch nicht zu finden war.

G. Stähler.

Aufsichtsratsvergütungen.

Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand, so sagt ein altes deutsches Sprichwort, und wenn er ihn noch mit irdischen Glücksgütern reich segnet, dann scheidet er ihn bestimmt in den Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft. Deshalb ist die Tätigkeit der Aufsichtsräte auch die schwerste und aufreibendste innerhalb der gesamten Volkswirtschaft. Das ergibt sich auch aus der Tatsache, daß einzelne Aufsichtsratsmitglieder in ein bis zwei Duzend Aktiengesellschaften sitzen, daneben noch ein parlamentarisches Mandat ausüben oder Großbetriebe leiten.

Entsprechend dieser außerordentlich schweren Tätigkeit muß natürlich dann auch die Bezahlung ausfallen. Die nachstehende Zusammenstellung gibt die Aufsichtsratsentschädigungen der Aktiengesellschaften wieder, deren Aktien an der Berliner Börse gehandelt werden. Wir beziehen uns dabei auf das von dem Bankhaus R. & F. Steinfeld (Berlin) in Broschürenform herausgegebene Aktienmaterial.

Firma:	Sahungsgemäße Entschädigung d. Aufsichtsratsmitglieder pro Jahr			
	Mittelwert	Bestehender	Neue	Anteil an Gesamtsumme in Prozent
Feldmühle, A.-G.	15 000	6 000	21 000	8
Zimmerdorfer Papierfabrik	10 000	4 000	14 000	12
Reichholz, A.-G.	21 000	6 000	27 000	10
Walldhof, A.-G.	35 000	10 000	45 000	10
Simoniusche Zellulosefabrik	8 000	1 000	9 000	10
Waldschaffenburg	35 000	10 000	45 000	10
Schles. Zellulose- u. Papierfabr.	16 000	4 000	20 000	10
Verein für Zellstoff-Industrie Kofthelm	—	—	35 500	10
Waldschaffenburg	9 600	2 400	12 000	10
Waldschaffenburg	6 000	2 000	8 000	10
Waldschaffenburg	6 000	3 000	9 000	10
Waldschaffenburg	10 500	3 000	13 500	10
Waldschaffenburg	12 000	4 000	16 000	10
Waldschaffenburg	17 000	4 000	21 000	10
Waldschaffenburg	10 000	4 000	14 000	10
Waldschaffenburg	6 000	2 000	8 000	15
Waldschaffenburg	6 000	2 400	8 400	10
Waldschaffenburg	4 000	—	4 000	6
Waldschaffenburg	4 000	2 000	6 000	10
Waldschaffenburg	6 750	3 000	9 750	10

Bei den festen Vergütungssummen handelt es sich um die Beträge, die an die Aufsichtsratsmitglieder und an die Aufsichtsratsvorsitzenden sahungsgemäß für das Geschäftsjahr 1927 resp. 1927/28 verteilt wurden. Die Lantien kommen sahungsgemäß natürlich nur dann in Frage, wenn Reingewinn verteilt wurde. Dabei macht sich nach dem Krieg das Bestreben immer mehr bemerkbar, in den Bilanzen die zur Ausschüttung gebrachten Lantien an Aufsichtsratsmitglieder und Vorstand in irgendeiner Form zu verstecken. Ein treffendes Beispiel dafür bietet die Bilanz der Zellstofffabrik Walldhof (Mannheim) für das Geschäftsjahr 1927. In der Gewinn- und Verlustrechnung sind Unkosten und Lantien mit insgesamt 10 347 990,53 Mk. verzeichnet. In der Zusammenstellung der Reingewinnverteilung fehlt der Posten für ausgeschüttete Lantien vollkommen, trotzdem in diesem Jahre 449 525,74 Mk. Aufsichtsratsentschädigungen von Walldhof gezahlt wurden. Auch fast alle übrigen Gesellschaften haben ihre ausgeschütteten Aufsichtsratslantien in der Bilanz so vergraben, daß der Außenstehende sie nicht findet. Nur wenige Ausnahmen sind vorhanden. Dazu gehören die Reichholz-A.-G., die die ausgeschütteten Lantien mit 53 990,38 Mk., der Verein für Zellstoffindustrie, der für die gleichen Zwecke 38 533,30 Mk., die Waldschaffenburg-Papierfabrik, die 32 000 Mk., die Waldschaffenburg- und Papierfabrik A.-G., die 38 986,86 Mk., und die Papierfabrik Krause & Baumann, die 7278,50 Mk. in ihren Bilanzen ausweisen. Man will anscheinend die Begehrlichkeit der Arbeiter nicht allzu stark erwecken, und die Herrschaften haben ihre guten Gründe dafür.

Der Arbeitgeberverband der deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie fordert in diesem Jahre auf der ganzen Linie Lohnabbau, mindestens aber Verlängerung der bestehenden Tarife bis zu zwei Jahren, was im Endergebnis gleichfalls auf einen Abbau der Reallohne herauskommt. Uns scheint, daß bei den Aufsichtsratsentschädigungen ein ausgiebiges Feld für Lohnabbau vorhanden ist, besonders wenn man beachtet, daß es nur wenig Aufsichtsratsmitglieder gibt, die nur einer Aktiengesellschaft angehören. Würde man dann auch noch die Gehälter und Entschädigungen der Vorstandsmitglieder der Aktiengesellschaften einer kritischen Würdigung unterziehen und deren Einkommen auf das durch die Lebenshaltungskosten begrenzte Maß reduzieren, so würde wahrscheinlich die Möglichkeit gegeben sein, der Papierarbeiterchaft „ohne Gefährdung der Wirtschaft“ die geforderten Lohnherhöhungen zu bewilligen. Statt dessen versucht man, auf Kosten der Arbeiterlöhne den Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern immer noch höhere Einkommensbeträge zuzuschlagen. Um dieses leichter zu können, bedient man sich in letzter Zeit in einigen der Großbetriebe der gelben Gewerkschaften, die die Einigkeit der Arbeiterschaft zerplündern sollen und sich freiwillig dazu hergeben, den Unternehmerprostit zu schälen.

G. Stähler.